

## **MODUL 5**

# **POLITIK & ZIVILGESELLSCHAFT IN AFRIKA: VON DER ANTIKOLONIALEN UNABHÄNGIGKEITSBEWEGUNG ZUM AFRIKANISCHEN FRÜHLING IM 21. JAHRHUNDERT**



**Michael Mindermann**  
**Sunny Omwenyke**

---

Soweit im Text nicht bereits angegeben, liegen die Nutzungsrechte der verwendeten Abbildungen bei Afrique-Europe-Interact (aei).

## Inhalt

- 1. Einleitung: Weshalb der Diskurs zur schlechten Regierungsführung zu kurz greift** 282
  
- 2. Afrikanische Widerstandsgeschichten im Spiegel von sieben Einzelpersönlichkeiten** 289
  - 2.1 Dorothy Nyembe, Südafrika (1931–1998): Kämpferin gegen die Apartheid und Politikerin der ersten Stunde 289
  - 2.2 Steve Biko (1947–1977): Aktivist in der Anti-Apartheidbewegung in Südafrika 291
  - 2.3 Thomas Sankara (1949–1987): Panafrikanischer Revolutionär, Präsident von Burkina Faso 293
  - 2.4 Funmilayo Ransome-Kuti, Nigeria (1900–1977): Lehrerin, Politikerin, Feministin, Menschenrechtsaktivistin 296
  - 2.5 Kwame Nkrumah (1909–1972): Antikolonialer Widerstandskämpfer, überzeugter Panafrikanist und erster freigewählter Präsident der Republik Ghana 298
  - 2.6 Nana Yaa Asantewaa, Ghana (ca. 1840–1921): Kommandeurin im letzten antikolonialen Krieg der Asante gegen die Briten und Heldin der ghanaischen Geschichte 299
  - 2.7 Patrice Émery Lumumba (1925–1961): Vorkämpfer der kongolesischen Unabhängigkeitsbewegung und erster Ministerpräsident der (unabhängigen) Demokratischen Republik Kongo 301

<b>3. Antikolonialer Widerstand und sozialer Protest heute</b>	303
3.1 Der Unabhängigkeitskampf der Mau-Mau-Bewegung	303
3.2 Der Kampf der Herero und Nama um Entschädigung	303
3.3 Y'en a marre – zur Geschichte einer politisch-kulturellen Jugendbewegung in Senegal	304
<b>4. Jubiläum 2000: Die Kampagne gegen afrikanische Verschuldung aus südlicher Perspektive</b>	307
4.1 Einleitung	307
4.2 Ursprung der Verschuldung	307
4.3 Schuldenkrisen und ihr Management	309
4.4 Die Funktion von Schulden und ihre Auswirkungen auf Politik in Afrika	310
4.5 Die Jubiläum 2000 Kampagne	311
4.6 Die Jubiläum South-Intervention in der Kampagne	312
4.7 Die Bedeutung des Eingreifens von Jubiläum South in J2K und Vorstellungen von Afrika im Westen	318
4.8 Literaturangaben (nur zu Kapitel 4)	317

## Die Autoren:

---

### **Michael Mindermann (Kapitel 1 bis 3):**

wurde 1984 als Sohn einer deutschen Mutter und eines ghanaischen Vaters in Bremen geboren. Er studierte Philosophie und Geschichte, seit 2015 arbeitet er bei Arbeit und Leben Bremen e.V. in unterschiedlichen Projektzusammenhängen, u. a. als Bildungsreferent in der politischen Erwachsenenbildung und als Mitarbeiter der Antidiskriminierungsstelle ADA (Antidiskriminierung in der Arbeitswelt). Zu seinen inhaltlichen Schwerpunkten gehören u. a. Rassismustheorien und kritische Diskursanalysen.

---

### **Sunny Omweneke (Kapitel 4):**

ist seit 1998 Mitglied von The Voice Refugee Forum und der Karawane für die Rechte der Geflüchteten und MigrantInnen. Er war einer der Mitinitiator\_innen der Kampagne gegen die Residenzpflicht. Weil er sich geweigert hat, eine Geldstrafe wegen Verstoßes gegen die Residenzpflicht zu bezahlen, saß er kurzfristig im Gefängnis. Sein Fall wurde 2007 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strasburg behandelt, dort jedoch negativ beschieden. Sunny Omweneke hat in Nigeria Religionswissenschaften studiert, in Bremen Internationale Beziehungen und anschließend in Birmingham promoviert. Er lebt in Bremen.

# 1. Einleitung:

## Weshalb der Diskurs zur schlechten Regierungsführung zu kurz greift

Wenn es um die politische, ökonomische und soziale Gegenwart in Afrika geht, ist in Europa immer wieder ein Standardargument zu hören: Im 21. Jahrhundert könne nicht mehr der Kolonialismus für die oftmals desaströsen Verhältnisse verantwortlich gemacht werden. Vielmehr hätten – salopp formuliert – die afrikanischen Länder selbst den Karren seit der staatlichen Unabhängigkeit vor über 60 Jahren in den Dreck gefahren: Zum einen, weil sie es zugelassen hätten, dass der Staat zur Beute einer korrupten politischen Klasse mutiert sei – Stichwort: schlechte Regierungsführung. Zum anderen, weil es allenfalls punktuell zur Herausbildung einer eigenständigen Zivilgesellschaft gekommen sei, die ernsthaft im Stande wäre, gemeinwohlorientierte Perspektiven gegenüber jedweder Form partikularistischer Interessensverfolgung wahrzunehmen.

Insgesamt hat sich diese von westlichen Regierungen und internationalen bzw. multilateralen Institutionen unaufhörlich artikulierte Doppelkritik in einem bad governance-Diskurs niedergeschlagen, der hierzulande zu einer Art Mantra geworden ist, um die dramatische Situation in zahlreichen afrikanischen Ländern zu erklären. Schlimmer noch: Die Rede von schlechter Regierungsführung geht häufig mit weiteren Zuschreibungen einher, etwa mit Ausführungen zum tribalistischen (d. h. bestimmte ethnische Gruppen bevorzugenden) Charakter afrikanischer Politik. Zudem wird immer wieder der Bogen zur Figur des geschichtslosen Kontinents geschlagen, dem noch nie etwas Politisch-Gestalterisches geglückt sei, jedenfalls nicht vor Ankunft der Europäer\_innen – wie etwa der ehemalige französische Präsident Nicolas Sarkozy im Jahr 2011 in seiner skandalösen, völlig zu Recht massiv kritisierten Rede in Dakar nahegelegt hat:

»Afrikas Drama ist, dass der afrikanische Mensch sich nicht genügend in die Geschichte eingebracht hat. Der afrikanische Bauer, der seit Jahrtausenden mit den Jahreszeiten lebt und nur im Einklang mit der Natur leben will, kennt nur den ewigen Neubeginn der Zeit im Takt der steten Wiederholung der nämlichen Gebärden und der nämlichen Worte. In dieser Vorstellungswelt, in der

alles stets von vorn beginnt, ist kein Raum für menschliches Wagnis und keiner für den Begriff des Fortschritts. In diesem Universum der alles beherrschenden Natur, entgeht der Mensch der Angst der Geschichte, die den modernen Menschen peinigt: reglos verharrt er in einer unabänderlichen Ordnung, als stünde alles schon da geschrieben. Nie schwingt sich der Mensch auf in die Zukunft, nie kommt es ihm in den Sinn, aus der Wiederholung zu treten, um sich ein Schicksal zu erfinden.«<sup>1</sup>

Das Problematische an derlei Ausführungen ist, dass sie zwar als bisweilen überzogen wahrgenommen werden (wie etwa im Falle von Sarkozy), im Kern jedoch als plausibel gelten – einfach deshalb, weil die nackten Fakten auf ihrer Seite zu stehen scheinen. Denn es ist ja völlig unstrittig, dass es in Afrika seit der Unabhängigkeit immer wieder ein verstörend anmutendes Ausmaß an schlechter Regierungsführung und exzessiver Gewalt gegeben hat. Konkreter: Militärputsche, Diktaturen, Kleptokratie, Misswirtschaft, Ressourcenkriege, Genozide, politische Verfolgung, Fassadenparlamente, Hungersnöte oder ökologischer Raubbau – dies und ähnliches hat den Kontinent in den vergangenen Jahrzehnten ganz entscheidend mitgeprägt, ob in Angola, in der Demokratischen Republik Kongo, in Ruanda, im Sudan, in Somalia, in Nigeria, in Togo oder in Libyen – um nur einige der bekanntesten Beispiele zu nennen. Und doch: Sobald sich der Blick schärft, wird schnell erkennbar, inwiefern der bad governance-Diskurs buchstäblich auf Sand gebaut ist. Denn mindestens fünf grundlegende Aspekte fallen systematisch unter den Tisch:

**Erstens** wird verkannt, dass der postkoloniale, mit der Unabhängigkeit entstandene Staat ein direktes Erbe des Kolonialismus ist und daher die Widersprüche des kolonialen Staates quasi automatisch übernommen hat, wie der an der

<sup>1</sup> Die Rede von Sarkozy ist nicht unbeantwortet geblieben. Einige der zahlreichen afrikanischen Reaktionen sind in folgendem Sammelband dokumentiert: Peter Cichon, Reinhart Hosch, Fritz Peter Kirsch (Hrsg.), *Der undankbare Kontinent? Afrikanische Antworten auf europäische Bevormundung*. Argument, Berlin 2010.

Humboldt-Universität lehrende Historiker Andreas Eckert in einem lesenswerten (und vor allem für die Bildungsarbeit gut geeigneten) Essay im Jahr 2007 (anlässlich des 50. Jahrestags der Unabhängigkeit) festgehalten hat:

»Die koloniale Herrschaft hatte in den afrikanischen Ländern lediglich eine unterentwickelte Staatlichkeit hinterlassen. Die afrikanischen Politiker erbten gleichsam ein Haus ohne Fundament. Sie scheiterten zumindest vorerst mit der Befestigung und dem Ausbau, nicht zuletzt, weil sie auf jene Strategien setzten, die sie sich von ihren Vorgängern abgeschaut hatten. [...] Der koloniale Staat, stand, wie der amerikanische Historiker Frederick Cooper schreibt, für einen ›aufdringlich ehrgeizigen Kolonialismus‹. Und die ›unabhängigen‹ Nachfolgestaaten mussten neben der Regierungsverantwortung das Scheitern kolonialer Entwicklungsprojekte übernehmen.«<sup>2</sup>

Jenes Erbe des postkolonialen Staates setzt sich aus unterschiedlichen Komponenten zusammen. Es hatte nicht zuletzt damit zu tun, dass der koloniale Staat keineswegs ein leistungsfähiges, die Grundversorgung der Bevölkerung sicherstellendes Gebilde gewesen ist, wie es der in Europa bis heute anzutreffende Mythos besagt, wonach die Afrikaner\_innen das von den Kolonialmächten hinterlassene europäische Verwaltungssystem in kürzester Zeit zugrunde gerichtet hätten:

»Der sich entwickelnde koloniale Staat basierte nicht auf politischer Teilhabe, sondern auf Ausschluss, Macht und Kontrolle. Die Kolonialherren reklamierten ein Staatsterritorium und eine auf ihren Rechtsvorstellungen basierende Staatsverwaltung, aber sie gingen nicht davon aus, dass sie ein Staatsvolk regierten und hatten auch kein Interesse, ein solches zu schaffen oder zu seinem Entstehen beizutragen. Dementsprechend wurden die AfrikanerInnen der Kolonien auch nicht als BürgerInnen oder gar StaatsbürgerInnen wahrgenommen, sondern als Untertanen – sie waren not citizens but subjects, um einen Buchtitel des ugandischen Anthropologen und Politikwissenschaftlers Mahmood Mamdani abzuändern.«<sup>3</sup>

<sup>2</sup> Andreas Eckert. Eine bescheidene Bilanz, in: SPIEGEL SPECIAL Geschichte 2/2007; URL: <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/51672165>.

<sup>3</sup> Frank Schubert, Das Erbe des Kolonialismus – oder: warum es in Afrika keine Nationen gibt, in: Zeitgeschichte-online, Juni 2010; URL: [www.zeitgeschichte-online.de/thema/das-erbe-des-kolonialismus-oder-warum-es-afrika-keine-nationen-gibt](http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/das-erbe-des-kolonialismus-oder-warum-es-afrika-keine-nationen-gibt).

Der aus der Geschichte des kolonialen Staates herrührende strukturelle Gegensatz zwischen Staat und Bevölkerung ist einer der Gründe, weshalb sich die politischen Eliten in Afrika bereits in den ersten Jahren der Unabhängigkeit in oftmals rasend schnellem Tempo von den Interessen, Wahrnehmungen und Einschätzungen der breiten Bevölkerungsmehrheit buchstäblich entkoppelt haben – mit der Konsequenz, dass innerhalb der Bevölkerung keinerlei Interesse an staatlichen Entscheidungsprozessen entstanden ist, von einer Identifikation mit der (gewählten) Regierung ganz zu schweigen.<sup>4</sup> Ein weiterer, nicht minder bedeutsamer Aspekt war in diesem Zusammenhang der Umstand, dass das nach der Unabhängigkeit (oder Anfang der 1990er Jahre) importierte, mitunter auch aufgezwungene westliche Demokratieverständnis oftmals als inkompatibel mit den vielfältigen Traditionen afrikanischer Willensbildung und Entscheidungsfindung auf kommunaler Ebene empfunden wurde. Ein Aspekt, den unter anderem Ousmane Sy, der ehemalige Minister für Dezentralisierung in Mali, in seinem Buch *Vorwärts Afrika. Plädoyer für einen Wandel von unten* anhand zahlreicher Beispiele eindrucksvoll ausführt:

»Die Übernahme des Grundsatzes des allgemeinen Wahlrechts durch die Machthaber ist das erste Kriterium geworden, das dazu ermächtigt, zum Klub der ›gut regierten‹ Länder zu gehören, und die Abhaltung von Wahlen scheint das Allheilmittel für alle Krisen zu sein. [Aber – Michael Mindermann] meine Gesprächspartner [in der Dorfversammlung] haben mich wiederholte Male wissen lassen, dass sie den Zweck der Entscheidung der Machthaber unseres Landes für das allgemeine Wahlrecht nicht richtig verstanden. Für fast alle Beteiligten hat die Gleichstellung eines gerade der Kindheit entwachsenen Jugendlichen mit einem älteren, durch Erfahrung geprägten Erwachsenen, keinen Sinn, mehr noch, sie halten dies für die wahre Ursache der Verirrungen, die sie machtlos miterleben. Sie meinen, dass diese Wahl in vollständigem Missverhältnis zu dem steht, was für die Mehrheit der Bevölkerung weiterhin gilt: die Macht und die Vorrechte, die Alter und Erfahrung den Alten verleihen.«<sup>5</sup>

<sup>4</sup> In diesem Zusammenhang spielt auch der Umstand eine wichtige Rolle, dass sich Regierungsvertreter\_innen in Afrika gemeinhin in der jeweiligen Kolonialsprache ihres Landes äußern, während große Teile der Bevölkerung diese Kolonialsprachen überhaupt nicht beherrschen. Vgl. hierzu die entsprechenden Ausführungen in Modul 4.

<sup>5</sup> Ousmane Sy, *Vorwärts Afrika. Plädoyer für einen Wandel von unten*. Horlemann, Bad Honnef 2010, S. 104.

Ähnliches gilt für die Einschätzung vieler Menschen (nicht nur auf dem Land), was die Modalitäten des Zugangs zu öffentlicher Verantwortung betrifft:

»Das Sieger-Verlierer-System mit einer Mehrheit (50 Prozent plus ein paar Stimmen), die sich gegen eine Minderheit (50 Prozent minus ein paar Stimmen) durchsetzt, wird von vielen öffentlichen Akteuren unserer Gesellschaften abgelehnt und entspricht in keiner Weise dem Verständnis der Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung von einer Entscheidungsfindung über gemeinschaftliche Alternativen. Die Suche nach einer einvernehmlichen Entscheidung, in der sich alle Protagonisten mehr oder weniger wiederfinden können, ist das Fundament aller unserer Stätten der Beschlussfassung nach Art der Dorfversammlung. Das ist, was die Anthropologen ›das Palaver‹ nennen: die einvernehmliche Art und Weise, zu einer Entscheidung zu kommen, die alle Protagonisten akzeptieren. Selbst wenn diese Entscheidung ihre Position nicht vollständig widerspiegelt, stimmen sie ihr schließlich zu. Das schließt übrigens die Abstimmung nicht völlig aus, aber die Suche nach Übereinstimmung muss die Regel sein.«<sup>6</sup>

Gewiss, die Positionierung von Ousmane Sy ist lediglich eine von vielen Stimmen nicht nur in Mali, sondern in Afrika insgesamt. Allerdings dürfte sie deutlich machen, wie fahrlässig und ignorant, ja eurozentristisch es seitens zahlreicher Vertreter\_innen westlicher Länder ist (ganz gleich, ob es sich um Regierungsangehörige oder Mitglieder der Zivilgesellschaft handelt), wenn die aus Europa stammenden (und dort ja ebenfalls umstrittenen) Prinzipien westlicher Demokratien zum universellen bzw. allgemeingültigen Standard erklärt werden.

**Zweitens** bleibt im westlichen bad governance-Diskurs auf der Strecke, dass die jungen Unabhängigkeitsregierungen nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch massiv unter Druck standen – was sich seinerseits wiederum äußerst negativ auf der politischen Ebene auswirkte. Genaueres hierzu stellt Boniface Mabanza in Modul 1 dar, insofern sei an dieser Stelle lediglich zusammenfassend aus dem bereits erwähnten Text von Andreas Eckert zitiert:

»Die neuen Regierungen erbten eine enge und exportorientierte Infrastruktur und die begrenzten Märkte für Produzenten von Rohstoffen. Aber sie mussten nun den Preis für

eine immer schwerfälliger gewordene Verwaltungsstruktur zahlen. Denn die Entwicklungsanstrengungen der spätkolonialen Regime hatte auch in rohstoffreichen Ländern südlich der Sahara wie Ghana und Nigeria nie die Grundlage für eine starke Volkswirtschaft geschaffen. Die Ökonomien orientierten sich nach außen, auf den Export von Rohstoffen. Die wirtschaftliche Macht des Staates blieb auf die Schnittstelle zwischen Innen und Außen beschränkt. Die afrikanischen politischen Eliten hatten aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen mit der Mobilisierung gegen den spätkolonialen Staat meist ein untrügliches Gespür dafür bekommen, wie eng der Gestaltungsraum und wie prekär die Macht war, die sie geerbt hatten. Der bestenfalls gemischte Erfolg kolonialer und nachkolonialer Entwicklungsanstrengungen erweckte in den politischen Eliten wenig Hoffnungen, dass die ökonomische Entwicklung ausreichend Wohlstand generieren würde, um ihnen politischen Kredit zu verschaffen. Und woher sollte ein einheimisches Wachstum kommen, das genügend Steuern abwerfen würde? So besannen sie sich auf die Strategie, die bereits die Regierenden der Kolonialstaaten praktiziert hatten: Die Kontrolle von Aufstiegsmöglichkeiten durch die Herrschenden und die Einengung von Spielräumen schienen das beste Mittel gegen jede potentielle Opposition zu sein. Nach diesem Rezept gelang es den meisten nachkolonialen Regimen, die in der Regel zügig eine Einparteierrschaft errichteten, relativ rasch und erstaunlich mühelos, Arbeiterbewegung und Gewerkschaften zu schwächen, zu kooptieren und zu marginalisieren. [...] Die Entwicklung der unabhängigen afrikanischen Staaten war schließlich geprägt durch den Verfall von Rohstoffpreisen und massive wirtschaftliche Erschütterungen.«<sup>7</sup>

**Drittens** blendet der bad governance-Diskurs aus, dass es nicht zuletzt die westlichen Länder gewesen sind, die immer wieder Militärputsche in den jungen unabhängigen Staaten unterstützt haben. Und zwar immer dann, wenn es um die Installation solcher Militärmachthaber oder Diktatoren gegangen ist, die bereit waren, westliche Interessen in Afrika zu unterstützen, insbesondere was den Zugang zu Rohstoffen betrifft. Am folgenreichsten dürfte sicherlich die jeweils mit westlicher Unterstützung erfolgte Ermordung von Patrice Lumumba in der Demokratischen

<sup>7</sup> Andreas Eckert. Eine bescheidene Bilanz, in: SPIEGEL SPECIAL Geschichte 2/2007; URL: <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/51672165>.

<sup>6</sup> Ousmane Sy, Vorwärts (wie Anm. 5), S. 112.

Republik Kongo bzw. von Thomas Sankara in Burkina Faso gewesen sein (vgl. Kapitel 1), doch de facto ist die diesbezügliche Liste bei über 80 Machtübernahmen durch Militärs seit den 1960 Jahren ungleich länger. Hinzu kommt die Unterstützung von Langzeitdiktaturen wie in Kamerun oder Togo, letzteres häufig mit der mehr oder weniger willkürlichen Behauptung des Westens, dass sich die betreffenden Länder auf dem Weg der Demokratisierung befinden würden.<sup>8</sup>

**Viertens** droht im bad governance-Diskurs immer wieder der Umstand aus dem Blick zu geraten, dass die im Westen viel zitierte tribalistische Politik (die im Falle von Ruanda sogar in einen Völkermord mit knapp 1 Millionen Toten eingemündet ist) in erster Linie das Produkt kolonialer Herrschaftsstrategien gewesen ist. Denn Fakt ist, dass in vorkolonialer Zeit zwar bestimmte (Sprach-)Gruppen gewisse Gemeinsamkeiten aufgewiesen haben, dass es aber erst die Kolonialmächte waren, die aus diesen Gruppen mehr oder weniger homogene Stämme oder Ethnien geschaffen haben – bis hin zu künstlich produzierten Konflikten zwischen einzelnen Stämmen, wie zahlreiche Historiker\_innen, Sozialwissenschaftler\_innen und Ethnolog\_innen rückblickend rekonstruiert haben (nachdem es anfangs nicht zuletzt Vertreter\_innen dieser Wissenschaftsdisziplinen waren, die im Rahmen der Kolonialherrschaft an der ›Erfindung‹ von Stämmen und Ethnien maßgeblich beteiligt waren):

»Sie [verschiedene Wissenschaftler\_innen – Michael Mindermann] konnten zeigen, dass im südlichen und östlichen Afrika vor der Ankunft ›des weißen Mannes‹ Gesellschaften fluide Gebilde waren, die durch überlappende Netzwerke, vielfältige Gruppenmitgliedschaften und kontextabhängige Grenzziehungen charakterisiert waren. Erst das Opportunitäts- und Machtdenken der Kolonialeuropäer hätte aus einer Fülle verschiedener kollektiver Identitäten ethnische Gemeinschaftsideologien fabriziert, ›tribale Traditionen‹ seien regelrecht ›erfunden‹ worden. Dabei können die Erfinder von ›Stämmen‹ zum einen europäische Kolonialbeamte gewesen sein, die aus Kostengründen leicht überschaubare Häuptlingsdistrikte brauchten, mit einem verantwortlichen Chief, der Steuern einzutreiben und Frondienstarbeiter zu bestimmen hatte; und wenn keiner zu finden war, wurde jemand zum traditionellen ›chief‹ ernannt. Aber zum anderen konnten auch kolonisierte Afrikaner selbst es für nützlich halten, zu einem starken edlen ›tribe‹ mit langer Vergangenheit zu gehören. Notfalls wurde ein ›Gründungsvater‹ und

mythischer Ahnherr eines Volkes erfunden – die früheste Form der politisierten Ethnizität.«<sup>9</sup>

**Fünftens** – und dieser Aspekt ist im Rahmen des vorliegenden Moduls eigentlich am wichtigsten – ist der Diskurs zu bad governance auch deshalb fragwürdig, weil die in seinem Fahrwasser ebenfalls daher kommende These fehlender oder zumindest mangelhafter politischer, mithin zivilgesellschaftlicher Interventionen grundsätzlich falsch ist. Festzuhalten ist stattdessen, dass es in Afrika – wie überall sonst auf der Welt – schon seit langem reichhaltige, ganz unterschiedlich organisierte politische und soziale Bewegungen gibt:

Begonnen hat es in vorkolonialer Zeit, wo es überall auf dem Kontinent (wie unter anderem in Modul III an mehreren Stellen ausgeführt wird) kleine und große Reiche gegeben hat, in denen – genauso wie in nicht-staatlich verfassten Gesellschaften – unterschiedliche politische Herrschafts- bzw. Organisationsmodi zum Tragen gekommen sind. Während des Kolonialismus haben sich sodann – ausgehend vom antikolonialen Widerstand – schrittweise Unabhängigkeitsbewegungen herausgebildet, die sich ihrerseits als Grundlage für die ersten Regierungen nach Erlangung der formellen Unabhängigkeit entpuppen sollten. Heute unterdessen ist die diesbezügliche politische Landschaft ausgesprochen komplex: Neben ganz normalen, durch Wahlen legitimierten Regierungen gibt es in vielen Ländern Afrikas eine große, in aller Regel zwischen zwei Polen pendelnde Zivilgesellschaft: Einerseits soziale Bewegungen, die auf eine mehr oder weniger grundlegende Veränderung gesellschaftlicher Strukturen abzielen, andererseits NGO (Nicht-Regierungsorganisationen), die sich häufig im Bereich der humanitären Grundversorgung bewegen, insbesondere um jene Lücken zu stopfen, die im Zuge korrupter Plünderung öffentlicher Kassen entstanden sind. Dabei ist umstritten, inwiefern die beiden Pole ein Kontinuum darstellen und zusammen

<sup>8</sup> Beispielhaft erwähnt sei Togo in Westafrika, das sich seit 1963 im eisernen Griff eines einzelnen Familienclans befindet. Obwohl Massenproteste immer wieder mit Waffengewalt brutal unterdrückt werden (auch aktuell, zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Moduls), lobt die deutsche Bundesregierung auf der Webseite des Auswärtigen Amtes vollkommen wirklichkeitsfremd »den Demokratisierungs-, Versöhnungs- und Reformprozess in Togo«, nachdem bereits Ende 2012 die deutsche Entwicklungszusammenarbeit nach fast 20-jähriger Suspendierung wieder aufgenommen wurde.

<sup>9</sup> Rainer Tetzlaff, Cord Jakobeit, Das nachkoloniale Afrika. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft. Verlag für Sozialwissenschaft, Wiesbaden 2005, S. 83.

das bilden, was gemeinhin als »Zivilgesellschaft« bezeichnet wird, oder ob es sich um tatsächlich getrennte Bereiche mit jeweils eigenständigen Handlungslogiken handelt. Eine Position lautet, dass Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen begrifflich und kategorial klar zu unterscheiden seien:

»Als der Begriff [der Zivilgesellschaft – Michael Mindermann] in Bezug auf Afrika Mitte der 1980er Jahre prominent wurde, bezeichnete er meist Räume politischer Opposition und Autonomie. Der französische Politologe Jean-François Bayart beschrieb, wie es Graswurzelorganisationen in den 1980er Jahren gelang, sich unabhängige Räume gegenüber dem postkolonialen afrikanischen Polizeystaat zu schaffen. Nach dem Fall der meisten Einparteiensysteme in Ost- und Mitteleuropa – ein Prozess, der häufig mit dem Erstarken der jeweiligen Zivilgesellschaften in Verbindung gebracht wird – wurden dann auch die Potenziale der Zivilgesellschaften in Afrika südlich der Sahara kontrovers diskutiert. Der Dualismus eines totalitären Staates gegenüber einer vom Westen als positiv wahrgenommenen, quasi homogenen Zivilgesellschaft wurde in den entwicklungspolitischen und sozialwissenschaftlichen Debatten der 1990er Jahre zugunsten eines komplexeren Verständnisses des Verhältnisses von Staat und Zivilgesellschaft aufgegeben. Auch wenn die Zivilgesellschaft weithin als ein wichtiger Faktor für Demokratisierung verstanden wird, geht es in dieser Perspektive eher darum, dass zivilgesellschaftliche Organisationen die soziale Grundversorgung (mit) organisieren. In Bezug auf Afrika trat für die wissenschaftliche Debatte im Westen lange Zeit die Frage nach oppositionellen, kritischen Bewegungen und nach Kämpfen für mehr Demokratie gegenüber der Stärkung staatlicher Strukturen in den Hintergrund. Dies spiegelt sich auch in den Politiken der bi- und multilateralen Geber wider, welche die Transformation vieler alter und neuer zivilgesellschaftlicher Akteure in Afrika seit den 1990er Jahren in professionelle Dienstleister und Consulting-Agenturen gefördert haben. Diese Entwicklung und insbesondere die letzte Phase haben dazu beigetragen, dass in Europa und Nordamerika soziale Bewegungen auf dem afrikanischen Kontinent in weiten Teilen von Politik, Medien und Forschung kaum als solche wahrgenommen werden.«<sup>10</sup>

<sup>10</sup> Im deutschsprachigen Raum wird diese These prominent von Nikolai Brandes und Bettina Engels vertreten: Mehr als Zivilgesellschaft: Soziale Bewegungen in

Dem widersprechen andere, sie heben hervor, dass es sich um zwei Seiten derselben Medaille handelt, ablesbar unter anderem daran, dass sich nicht wenige zivilgesellschaftliche Akteure in afrikanischen Ländern erklärtermaßen in beiden Bereichen bewegen würden:

»In reality, protests organized by social movements are often combined with pragmatic systemic interventions, such as those typically ascribed by social movement researchers to civil society actors. Engels, for example, analyses the food riots in Burkina Faso and describes how representatives of the social movement behind the protests negotiated social and economic policy reforms with the government.«<sup>11</sup>

Jenseits dieser vor allem im wissenschaftlichen Raum geführten Debatte haben sich – und darüber besteht Einigkeit – seit ca. 2010 in zahlreichen Ländern Afrikas breit getragene Protestzyklen entwickelt, an denen jeweils ganz verschiedene Akteur\_innen beteiligt sind, und das mit der Konsequenz, dass zum Beispiel Firoze Manji von einem »Afrikanischen Erwachen« spricht:

»Die Volkserhebungen des Jahres 2011 beschränkten sich nicht auf die arabische Welt. Es gab ebenso Proteste, Streiks und andere Aktionen in West-Sahara, Simbabwe, Senegal, Gabun, Sudan, Mauretanien, Marokko, Madagaskar, Mosambik, Algerien, Benin, Kamerun, Dschibuti, Elfenbeinküste, Burkina Faso, Botswana, Namibia, Uganda, Kenia, Swasiland, Südafrika und Malawi. [...] Die Veränderungen im politischen und sozialen Klima in Afrika sind nicht nur auf die großen, offenkundigen Protestbewegungen begrenzt. Über die letzten zehn Jahre ist eine beträchtliche Zunahme bzw. Rückkehr sozialer Bewegungen in zahlreichen Ländern zu verzeichnen, die einen Rahmen bieten, in dem die Entrechteten begonnen haben, ihre Würde zurückzuerobern, und ihre Entschlossenheit – wenn auch oft implizit – zeigen, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen

Afrika südlich der Sahara. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* – Plus. Supplement zu Heft 3/2014; URL: <http://forschungsjournal.de/node/2182>.

<sup>11</sup> Walter Eberlei, African Social Movements vs. Civil Societies in Africa? In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* – Plus. Supplement zu Heft 3/2014. URL: <http://forschungsjournal.de/node/2182>. Vgl. zur Einschätzung des gesellschaftsverändernden Potentials zivilgesellschaftlicher Akteure in Afrika auch: Dieter Neubert, Civil society in Africa? Forms of social self-organization between the poles of globalization and local socio-political order. In: Bayreuth African Studies Working Papers 12. URL: [https://epub.uni-bayreuth.de/1697/1/BayWorkingpaper%20CSNeubertEnd\\_2.pdf](https://epub.uni-bayreuth.de/1697/1/BayWorkingpaper%20CSNeubertEnd_2.pdf)



und ihr Recht auf Selbstbestimmung einzu-  
fordern. Das Aufkommen und die Aktivitäten  
von Bewegungen wie Bunge La Mwananchi,  
Bunge Sisters und der Unga Revolution in  
Kenia, Abahlali baseMjondolo, der Kampa-  
gne gegen Umsiedlungen, der Bewegung  
landloser Menschen in Südafrika, der Be-  
wegung gegen Wasserprivatisierung, die zu-  
nehmende Militanz der LGBTI-Bewegung, die  
wachsenden Frauenbewegungen, die Bildung  
von Allianzen unter Bauernorganisationen,  
die zunehmenden Forderungen der Gewerk-  
schaften – all dies sind Ausdrücke einer  
unterschwelligten Stimmung der Unzufrie-  
denheit und der Ernüchterung bezüglich  
der politischen und sozialen Ordnung. Heute  
bestimmt die wachsende Dynamik dieser Be-  
wegungen, die für Veränderung eintreten,  
die soziale und politische Szene des Konti-  
nents. Demnach sind wir nicht so sehr Zeu-  
gInnen eines Arabischen Frühlings als viel-  
mehr eines Afrikanischen Erwachens.«<sup>12</sup>

12 Firoze Manji, Afrikanisches Erwachen. Der Mut, die  
Zukunft zu erfinden. In: PERIPHERIE Nr. 129, 33. Jg.  
2013, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster, S. 83.  
URL: [www.budrich-journals.de/index.php/peripherie/  
article/view/22754/19902](http://www.budrich-journals.de/index.php/peripherie/article/view/22754/19902)

Was die strukturellen Hintergründe der von  
unterschiedlicher Seite intensiv untersuchten  
Protestzyklen der jüngeren Zeit in afrikanischen  
Ländern betrifft<sup>13</sup>, argumentiert Firoze Manji  
ganz ähnlich wie Boniface Mabanza in Modul 1,  
das heißt auch er konzentriert sich auf die neo-  
liberale Umstrukturierung afrikanischer Ökono-  
mien seit Beginn der 1980er Jahre (also auf jene  
Prozesse, die in Europa und den USA seit min-  
destens 15 Jahren zum Aufstieg rechtspopulisti-  
scher Parteien und Bewegungen geführt haben –  
mit dem derzeitigen US-Präsidenten Donald  
Trump als sichtbarstem Aushängeschild):

»Fast ausnahmslos wurden unter dem  
Druck internationaler Finanzinstitutionen  
die gleichen sozialen und ökonomischen  
Programme auf dem ganzen afrikanischen  
Kontinent implementiert – die sogenannten  
Strukturanpassungsprogramme, später um-  
benannt in Strategieprogramme der Armuts-

13 Im deutschsprachigen Raum haben sich mehrere  
Zeitschriftensammelbände dieser Frage gewidmet:  
Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Global, lokal und  
vernetzt – Soziale Bewegungen in Afrika, 2014/HEFT 3;  
PROKLA 170, Soziale Kämpfe in Afrika, 43/1, März 2013;  
Stichproben – Vienna Journal of African Studies, Social  
Movements in Africa, Stichproben Nr. 20/2011.

minderung – dienten alle dazu, sicherzustellen, dass afrikanische Länder weiterhin ihre stetig wachsenden Schulden bedienen. Die Gläubiger nutzten jedoch auch die Schuldenkrise, um die afrikanischen Märkte zu erschließen und durch deren exzessive und ungezügelter Privatisierung und Liberalisierung neue Wege der Kapitalexpansion zu ermöglichen. Der Staat wurde für ineffizient erklärt – trotz seiner bemerkenswerten Errungenschaften in der kurzen Zeit seit der Unabhängigkeit – und Institutionen des öffentlichen Dienstes wurden zunächst heruntergewirtschaftet, um dann für einen Spottpreis an Oligopole verkauft zu werden. Dem Staat wurde verboten, die lokale landwirtschaftliche Produktion zu subventionieren und in soziale Infrastruktur zu investieren. Es gab Verbote der Kapitalinvestition in den Bereichen von Gesundheit, Bildung, Transport und Telekommunikation, bis schließlich alle öffentlichen Güter vom privaten Sektor (sprich von den Oligopolen) übernommen waren. Zollbarrieren für Güter der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder wurden aufgehoben, der Zugang zu natürlichen Ressourcen für die groß angelegte Plünderung geöffnet, das Steuersystem gelockert, und »Sonderwirtschaftszonen« wurden eingerichtet, um die direkte Ausbeutung von Arbeit ohne staatliche oder gewerkschaftliche Regulierung zu ermöglichen. Mit der Zeit wurde die Privatisierung auch auf die Landwirtschaft, die Lebensmittelproduktion und -verteilung sowie die Land- und Bodennutzung ausgedehnt.«<sup>14</sup>

Bereits diese einleitenden Anmerkungen dürften deutlich gemacht haben, wie vorurteilsbeladen und somit irreführend all jene Thesen sind (nachzulesen gemeinhin im Rahmen des westlich geprägten bad governance-Diskurses), wonach es in Afrika außer korrupten Regierungen keine wirklichen politischen Alternativen gebe. Denn die Wirklichkeit ist nicht nur ungleich vielfältiger und komplexer, sie macht vor allem auch deutlich, dass es Europa und die USA (gewesen) sind, die durch ihre jahrzehntelange Macht- und Interventionspolitik in Afrika jene schlechte Regierungsführung ganz maßgeblich hervorgebracht und stabilisiert haben, die sie heute so heftig kritisieren – natürlich stets im Bündnis mit willfährigen afrikanischen Eliten, die aus einer ganz eigenen Interessenlage heraus mitgemacht, das heißt kollaboriert haben.

<sup>14</sup> Firoze Manji, *Afrikanisches Erwachen* (wie Anm. 12), S. 84.

Einziges Haken: Die mit diesen Themen und Fragen korrespondierende Materialfülle ist im Rahmen eines einzelnen Moduls nicht zu bewältigen – und das aus mindestens drei Gründen: Erstens, weil jedes einzelne Thema bereits in sich äußerst umfangreich ist (ganz gleich, ob es um Gewerkschaften, bäuerliche Bewegungen oder die Geschichte antikolonialer Unabhängigkeitskämpfe geht); zweitens, weil eine sorgfältige Analyse lange Zeiträume berücksichtigen müsste; und drittens, weil die jeweiligen Rahmenbedingungen in den einzelnen Regionen oder Ländern sehr unterschiedlich sind. In diesem Sinne wurde für dieses Modul ein exemplarischer bzw. mosaikartiger Zugang gewählt – nicht zuletzt in Ergänzung zu Modul 1 (Boniface Mabanza: *Wirtschaft, Arbeit und die Kunst des Überlebens*) und Modul 3 (Olaf Bernau: *Zur Geschichte von Migration und Flucht in bzw. aus Afrika*), in denen sozialen Bewegungen in Gegenwart und Geschichte ebenfalls viel Platz eingeräumt wird. Konkreter: Statt systematischer Analysen sollen mosaikartig unterschiedliche Bewegungen und Personen aus unterschiedlichen Epochen vorgestellt werden – gleichsam als Einladung zu einer intensiveren Beschäftigung mit dem gesamten Themenfeld. Entsprechend werden in Kapitel 2 sieben Persönlichkeiten portraitiert, die mit ihrem Wirken in unterschiedlichen afrikanischen Ländern einen jeweils wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung geleistet haben – teils im Unabhängigkeits- bzw. Anti-Apartheidkampf, teils danach. In Kapitel 3 werden anhand drei jeweils sehr kurzer Skizzen exemplarische Kämpfe aus Vergangenheit und Gegenwart vorgestellt: Erstens die Mau-Mau-Unabhängigkeitsbewegung in der ehemaligen Kolonie Britisch Ost-Afrika; zweitens der bis heute anhaltende Kampf der Herero und Nama um Entschädigungszahlungen für die Nachfahren all jener Menschen, die 1904 in dem von Deutschland in seiner ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika begangenen Völkermord ums Leben gekommen sind; drittens die erfolgreiche Jugendbewegung *Y'en a marre*, die ihren Ausgangspunkt im heutigen Senegal genommen hat. In Kapitel 4, dem mit Abstand längsten Einzelkapitel (geschrieben von Sunny Omwenyeki), wird nicht nur die Geschichte der Antiverschuldungskampagne »Jubilee 2000« skizziert. Vielmehr wird auch dargestellt, wie Kampagnenakteure aus dem globalen Norden südlichen Kampagnenmitgliedern immer wieder das Recht, ja die Fähigkeit abgesprochen haben, angemessene politische Forderungen in Sachen Verschuldung zu formulieren – ein Sachverhalt, der auch ein bezeichnendes Licht auf die Kritik angeblich fehlenden zivilgesellschaftlichen Engagements in Afrika wirft.

## 2. Afrikanische Widerstandsgeschichten im Spiegel von sieben Einzelpersönlichkeiten

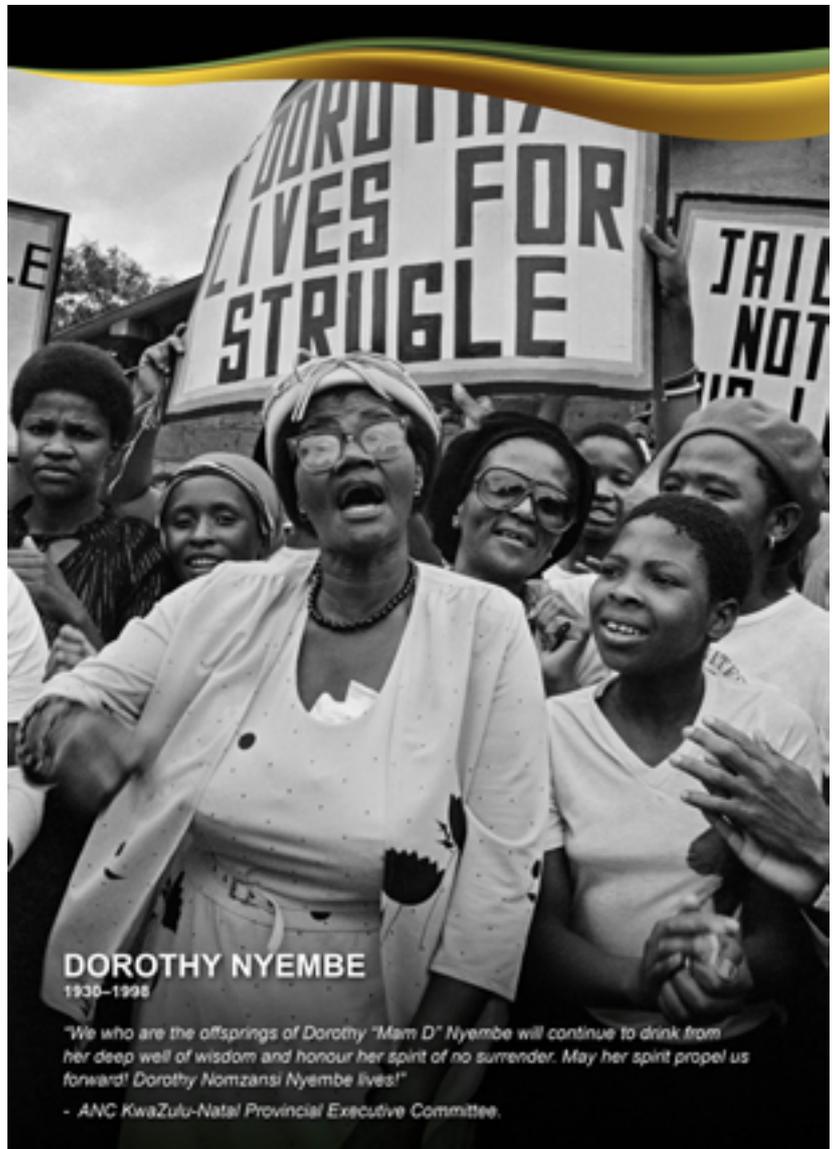
### 2.1 Dorothy Nyembe, Südafrika, 1931– 1998: Kämpferin gegen die Apartheid und Politikerin der ersten Stunde

Die Liste der Frauen, die im Kampf gegen die Apartheid in Südafrika verhaftet, ins Gefängnis gesperrt, ermordet oder verbannt wurden, ist lang. Dorothy Nyembe war eine von ihnen, eine von hunderten mutiger Frauen, deren Kraft, Energie und Entschlossenheit dazu führten, das Regime der Apartheid zu beenden. Dafür verbrachte sie 18 Jahre, ein Viertel ihres Lebens, im Gefängnis.

Dorothy Nomzansi Nyembe, später bekannt als »Mam D.«, wurde 1931 im ländlichen KwaZulu-Natal geboren. Ihre Mutter, Leeya Basolise Nyembe, war die Tochter eines Chiefs; über ihren Vater ist nichts bekannt. Sie ging neun Jahre zur Schule, und vielleicht konnte sie die Schule nur deshalb nicht fortsetzen, weil sie mit fünfzehn ihr einziges Kind bekam. Sie verdiente ihr tägliches Brot als Straßenhändlerin. Der Wunsch, die Welt und das Leben aller schwarzen Südafrikaner\_innen zu verändern, führte sie schon früh, mit 21, zum ANC (African National Congress).

Schon in ihrer ersten Kampagne, der Defiance Campaign 1952, kämpfte sie an vorderster Front gegen die diskriminierenden Gesetze der fortschreitend rassistischeren Regierung. Vier Jahre vorher hatte die National Party die Wahlen der weißen Bevölkerung gewonnen. Mit der Defiance Campaign protestierten tausende Schwarze gegen die Apartheid, um ein friedliches Zusammenleben aller Südafrikaner wiederherzustellen. Sie forderten das Regime mit gewaltfreien Aktionen heraus, indem sie Orte aufsuchten, die laut Gesetz Weißen vorbehalten bleiben sollten, indem sie die Sperrstunde ignorierten und die Passgesetze, die die Bewegungsfreiheit der Schwarzen extrem einschränkten, gezielt missachteten. Die Idee dahinter war, sich verhaften zu lassen und durch massenhafte Beteiligung das (Un)Rechtssystem zum Erliegen zu bringen. Nyembe wurde zusammen mit rund 8.500 anderen Aktivisten verhaftet und kam für zwei Jahre ins Gefängnis. Die Aktionen hatten die Apartheid-Gesetze nicht verändert, aber der ANC wuchs von wenigen tausend auf ca. 100.000 Mitglieder.

1954 war sie an der Gründung der ANC Women's League in Cato Manor beteiligt, damals ein Elends-



Dorothy Nyembe.

viertel am Rand von Durban. In Cato Manor wie in vielen anderen Townships gehörte das traditionelle Bierbrauen zu den wenigen verlässlichen Einkommensquellen der Frauen. Die kleinen häuslichen Brauereien wurden für illegal erklärt und kommunale Bierhallen eingerichtet, deren Einnahmen in das von Weißen kontrollierte städtische Budget gingen. Der Zorn der Frauen war grenzenlos: Sie verloren nicht nur ihr Einkommen, sondern die Männer unterstützten beim Biertrinken aus dem Familieneinkommen damit auch noch das Apartheid-Regime. Mit

brutalen Hausdurchsuchungen und der Zerstörung von privaten Brauereien versuchte die Polizei die neuen Regeln durchzusetzen. Dorothy Nyembe rief zu einem totalen Boykott der kommunalen Bierhallen auf. Die Kampagne zielte gleichermaßen auf Widerstand gegen den Staat wie auch gegen die Unterordnung der Frauen gegenüber ihren Männern. Eine friedliche Demonstration der Frauen gegen die Bierhallen wurde im Juni 1959 von der Polizei mit Waffengewalt gestoppt. Als Reaktion darauf entbrannten gewaltsame Unruhen, die über Cato Manor hinaus die ganze Provinz Natal ergriffen, zu weiterreichenden Forderungen führten und an denen mehr als 10.000 Frauen beteiligt waren.

Im selben Jahr wurde Nyembe zur Präsidentin der ANC Women's League in Natal, zur Vize-Präsidentin der ANC Women's League in Durban und als führendes Mitglied der Federation of South African Women gewählt. Mit großer Überzeugungskraft unterstützte sie den sogenannten »Kartoffel-Boykott«. Die sklavenartigen Arbeitsbedingungen für die schwarzen Landarbeiter – teilweise Kinder und Zwangsarbeiter, die gegen die Passgesetze verstoßen hatten – waren seit über zehn Jahren schon im Fokus der Gewerkschaften und einzelner Journalist\_innen. Der ANC agitierte 1959 dafür, keine Kartoffeln mehr zu kaufen, zu essen oder auch nur auf den Markt zu transportieren. Auch weiße Südafrikaner\_innen schlossen sich dem Boykott an. Der Boykott erzielte insgesamt eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, und eine Reihe von Farmern war nicht mehr bereit, gerichtlich angeordnete Zwangsarbeit zur Bestrafung bei sich einzusetzen.

Die Passgesetze waren wiederholt Anlass zu Forderungen und Aktionen der schwarzen südafrikanischen Bevölkerung. Die Pässe waren verhasst, gingen sie doch auf die Sklaverei zurück und hatten als einzigen Zweck, schwarze Südafrikaner\_innen (zunächst nur die Männer, später sukzessive auch die Frauen) zu kontrollieren, zu reglementieren und zu steuern. Mitte der 1950er Jahre erreichten die Proteste einen Höhepunkt mit dem Marsch von 20.000 Frauen nach Pretoria; 1960 brachte das »Massaker von Sharpeville« einen Wendepunkt. Circa 7.000 Demonstrant\_innen waren ohne Pässe zu einer Polizeistation in Sharpeville aufgebrochen, um sich dort freiwillig verhaften zu lassen. Bis auf einige Steinwürfe verlief die Demonstration friedlich. Es kam jedoch zu keinen Verhaftungen, sondern ein Polizeioffizier gab gegen 13 Uhr den Befehl, mit Maschinengewehren auf die Menge zu schießen. 69 Menschen wurden getötet, darunter 8 Frauen und 10 Kinder. Die darauffolgende Welle der Empörung, die sich in Streiks und

Märschen Luft machte, war so groß, dass die Regierung zehn Tage später den Ausnahmezustand verhängte. Während dieser Zeit wurde Nyembe aus Durban verwiesen und für fünf Monate zusammen mit vielen anderen Aktivisten inhaftiert.

Ebenfalls in 1960 wurde der ANC für illegal erklärt und ging in den Untergrund. Als der bewaffnete Arm des ANC, Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation), ein Jahr später gegründet wurde, gehörte Dorothy Nyembe zu den ersten Mitgliedern. 1962 gelang es ihr noch als Präsidentin des Natal Rural Areas Committee mit den Landfrauen Demonstrationen (Natal Women's Revolt) gegen die Regierung zu organisieren, aber 1963 wurde Nyembe zu drei Jahren Haft wegen »Unterstützung einer kriminellen Vereinigung« verurteilt. Nach ihrer Freilassung wurde sie weitere fünf Jahre mit schärfsten Auflagen belegt. Dies hielt sie nicht davon ab, weiter im Untergrund zu arbeiten, bis sie die Spione der Apartheid aufspürten. 1969 wurde sie für schuldig befunden, Mitglieder des Umkhonto we Sizwe beherbergt zu haben und mit zehn anderen zu 15 Jahren Haft verurteilt, die sie vollständig ableisten musste.

Sobald sie wieder frei war, wurde sie in der Natal Organisation of Women (NOW) aktiv und kämpfte gegen steigende Mieten, Transportkosten, schlechte Bildung und fehlende Kinderbetreuung. Bei den ersten demokratischen Wahlen 1994 wurde sie Gründungsmitglied der Nationalversammlung (National Assembly) und sie gehört mit zu den Gründungsmüttern und -vätern der demokratischen südafrikanischen Verfassung. Dorothy Nyembe wurde mehrfach für ihre unermüdliche Hingabe an den nationalen Befreiungskampf geehrt und ausgezeichnet. Sie starb am 17. Dezember 1998 in Umlazi, einem ehemaligen Township, in das ehemalige Bewohner\_innen von Cato Manor umgesiedelt worden waren. Dort erinnert seit 2016 ein Denkmal in Form einer Statue an ihren fast 40-jährigen Kampf für ein besseres Leben.<sup>15</sup>

15 Quellen: <http://ramaphosa.org.za/dorothy-nyembe/>; [www.sahistory.org.za/archive/dont-eat-potatoes](http://www.sahistory.org.za/archive/dont-eat-potatoes); [https://de.wikipedia.org/wiki/Cato\\_Manor](https://de.wikipedia.org/wiki/Cato_Manor); [https://de.wikipedia.org/wiki/Defiance\\_Campaign](https://de.wikipedia.org/wiki/Defiance_Campaign); [www.sahistory.org.za/article/history-womens-struggle-south-africa](http://www.sahistory.org.za/article/history-womens-struggle-south-africa).

## 2.2 Steve Biko (1947–1977): Aktivist in der Anti-Apartheid- bewegung in Südafrika

»So oft wird so viel zu uns und für uns  
gesprochen, aber nur ganz selten  
sprechen wir selbst.« Steve Biko

Steve Biko hatte entscheidenden Einfluss auf die Anti-Apartheidbewegung Black Consciousness in Südafrika. Seine Ermordung ist bis heute eine große Tragödie für viele Menschen. Andile M-Africa beispielsweise erinnert sich:

»Steve Bantu Biko war für uns alle [...] enorm wichtig. Dieser Mann und der Gedanke, den er und seine Mitstreiter entwickelt hatten, haben uns die Augen geöffnet. Es war keine neue Idee. Es war die altbekannte Idee der Freiheit. Neu war die Art und Weise, wie sie uns nahegebracht wurde. Mit ihrer großen Überzeugungskraft hatten die Männer und Frauen aus Bikos Generation unserem Denken eine Richtung gegeben. In ganz besonderer Weise hatten sie auf unsere Weltsicht eingewirkt. Sie entzogen der Furcht die Basis. Sie gaben uns einen Lebensinhalt. Jetzt standen wir aufrecht, mit klarem Kopf. Nein, mit der Unterdrückung war es noch nicht vorbei, aber wir hatten damit angefangen, und der eigenen Beteiligung an unserer Erniedrigung zu widersetzen.«<sup>16</sup>

Die Geschichte Südafrikas unterscheidet sich von der Geschichte der anderen Kolonien Afrikas insofern, als dass Südafrika im Grunde bereits 1910 unabhängig wurde. Die Unabhängigkeit vollzog sich jedoch nicht durch die kolonisierte afrikanische Masse, sondern durch die niederländische Minderheit, die Buren, die sich im sogenannten 2. Burenkrieg gegen die britische Kolonialherrschaft behauptete. Um die Verhältnisse in Südafrika zu verstehen, ist es wichtig zu wissen, dass die Bur\_innen, die bereits 1652 begannen das südliche Afrika zu besiedeln, sich nach 300 Jahren Besiedlung als legitime Bewohner\_innen Südafrikas ansahen – als Afrikaaner\_innen.

Somit war Südafrika im 20. Jahrhundert (offiziell) keine Kolonie, sondern eine von niederländischen und britischen Siedler\_innen gegründete parlamentarische Demokratie. Gleichberechtigung oder rechtliche Gleichstellung gab es dort jedoch nur unter den weißen Bürger\_innen – nicht aber für die schwarze Bevölkerungsmehrheit. De facto herrschte Rassentrennung und Ausbeutung. Besonders die niederländischen Siedler\_innen befürworteten die Rassentrennung und verschärfen diese nach Ende des 2. Weltkrieges unter der Führung der niederländischen National Party durch den Ausbau einer radikalen Apartheidstruktur. Da es bereits seit der Ankunft der Siedler\_innen Diskriminierung und Unterdrückung gab, wurde mit der Apartheidpolitik lediglich eine althergebrachte Praxis rechtlich kodifiziert.

Steve Biko besuchte eine katholische Missionarschule und begann 1966 ein Medizinstudium in Durban. Bereits während des Studiums gründete Biko die *South African Student's Organisation* (SASO), die es den schwarzen Studierenden innerhalb eines gewissen Rahmens ermöglichte, sich politisch zu betätigen. Da die Arbeit in der Organisation viel Zeit beanspruchte, die Biko für sein ordentliches Studium fehlte und die Agitation Bikos bei den weißen Behörden auf Unverständnis stieß, wurde er 1943 zwangs exmatrikuliert. Bereits 1972 gründete Biko die



außeruniversitäre und überregionale politische Vereinigung *Black Community Programmes* (BCP), beteiligte sich als Redner an verschiedenen Versammlungen und Kundgebungen und veröffentlichte diverse Zeitungsartikel.

<sup>16</sup> M-Africa: Steve Bantu Biko. Ich schreibe, was mir passt, Oberbaum Verlag, Berlin 2015, S. 326.

1973 wurde er von der südafrikanischen Regierung mit dem sogenannten ›Bann‹ belegt. Der Bann war eine politische Sanktionsmethode, die angewendet wurde, um störende Personen vom öffentlichen Leben fernzuhalten. Der Bann enthielt das Verbot öffentlich aufzutreten, Schriften zu verfassen und sich mit anderen zu versammeln. Durch das Versammlungsverbot war es Biko untersagt, sich mit mehr als einer Person zur selben Zeit an einem Ort aufzuhalten (die Familie ausgenommen). Die Einhaltung der Bann-Vorschriften wurde durch eine andauernde Observierung der lokalen Autorität überwacht.<sup>17</sup> Da Biko trotz des verhängten Bannes weiterhin im Untergrund politisch aktiv war und von Zeit zu Zeit auf öffentlichen Veranstaltungen erschien, wurde er verhaftet und zusammen mit anderen Aktivist\_innen der Black Consciousness Bewegung vor Gericht gebracht. Der damalige Prozess gilt als einer gegen die Black Consciousness Bewegung insgesamt. Die meisten der neun Mitangeklagten wurden nach dem Anti-Terrorismus-Gesetz für schuldig befunden und zu mindestens fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Biko selbst wurde erneut in die Verbannung entlassen. Das Kreuzverhör, dem sich Steve Biko während des Prozesses unterziehen musste, gilt heute als wichtiges Dokument über die Standpunkte der Black Consciousness Bewegung.

Da Biko seine politischen Aktivitäten für die Befreiung der schwarzen Menschen Südafrikas auch nach dem Prozess weiterverfolgte und somit weitere Male gegen die Auflagen des verhängten Bannes verstieß, verstärkten die südafrikanischen Autoritäten ihre Repressionen gegen ihn. Schließlich wird Steve Biko am 18. August 1977 von Polizeibeamten in einer Gefängniszelle ermordet.<sup>18</sup>

»Es wird immer dringender [...] zu sehen [...], dass die einzigen, die eine Veränderung bewirken können diese Menschen sind, die ihre Persönlichkeit verloren haben. Der erste Schritt besteht deshalb darin, dem schwarzen [Menschen] zu sich selbst zurück zu verhelfen, das Wesen wieder mit Leben zu füllen, ihm den Stolz und die Würde zurückzugeben, ihn daran zu erinnern, dass er an dem Verbrechen mitgewirkt hat, sich missbrauchen zu lassen und es zuzulassen, dass

<sup>17</sup> Siehe ebd., Geleitwort von Bischof em. D. Kurt Scharf.

<sup>18</sup> Eine kurze Darstellung des politischen Lebens von Steve Biko findet sich hier: Das Leben und der Tod von Steve Biko, Süddeutsche Zeitung (2017); URL: [www.sueddeutsche.de/politik/suedafrika-das-leben-und-der-tod-von-steve-biko-1.3662779](http://www.sueddeutsche.de/politik/suedafrika-das-leben-und-der-tod-von-steve-biko-1.3662779) (zuletzt abgerufen am 20. 12. 2017).

das Böse im Land seiner Geburt regiert. Das ist es, was ich meine, wenn ich davon spreche, dass wir nach innen blicken müssen. Und das ist die Definition des Begriffs ›Black Consciousness‹.« Stephen Bantu Biko<sup>19</sup>

»Im Grunde ist die südafrikanisch weiße Gemeinschaft eine homogene Gemeinschaft. Sie ist eine Gemeinschaft von Leuten, die ihre privilegierte Position, die sie nicht verdienen, genießen, dies wissen und deshalb ihre Zeit mit dem Versuch verbringen, dies zu rechtfertigen. Wo es unterschiedliche politische Meinungen gibt, entspringen sie den unterschiedlichen Versuchen, die privilegierte Position und die Usurpierung der Macht zu rechtfertigen. Mit der Theorie der getrennten Freiheit für die verschiedenen Nationen in einem multinationalen Staat Südafrika haben die Nationalisten genug getan, um dem größten Teil des weißen Südafrika eine Art moralischer Erklärung der Ereignisse zu liefern. Jeder fühlt sich ausgesprochen zufrieden und betont, daß diese Leute – gemeint sind die Schwarzen – frei sein werden, wenn sie bereit sind, sich selbst in ihren eigenen Gebieten um ihre eigenen Angelegenheiten zu kümmern. [...] Für jemanden, der ernsthaft an einer wirklichen Integration interessiert ist, klingt die Aussage nicht anachronistisch, daß sich die Schwarzen in einer Gesellschaft behaupten müssen, in der sie behandelt werden als wären sie beständig unter 16 Jahren. [...] Im Zentrum einer wirklichen Integration steht die Möglichkeit der Selbstverwirklichung für jeden Menschen und für jede Gruppe. Jede Gruppe muss die Möglichkeit haben, ihren eigenen Lebensstil zu entwickeln, ohne andere zu behindern oder selbst von anderen beeinträchtigt zu werden. [...] Von daher wird es einsichtig, daß die Schwarzen, solange sie unter Minderwertigkeitskomplexen – dem Ergebnis einer dreihundert-jährigen bewußten Unterdrückung, Verunglimpfung und Verhöhnung – leiden, als Miterbauer einer normalen Gesellschaft, in der jeder Mensch nichts als nur Mensch ist, nutzlos sind. Was also allem vorausgehen muß, ist ein starkes, von den Wurzeln an aufgebautes schwarzes Bewusstsein, damit die Schwarzen lernen können, sich selbst und ihre berechtigten Forderungen zu behaupten.«

<sup>19</sup> Zitiert nach Donald Woods: Schrei nach Freiheit, Goldmann, München 1988.

### 2.3 Thomas Sankara (1949–1987): Panafrikanischer Revolutionär, Präsident von Burkina Faso

»Wir müssen es wagen die Zukunft zu erfinden.« Thomas Sankara

Thomas Sankara war panafrikanischer Revolutionär, Offizier der Armee Obervoltas (seit 1984 Burkina Faso) und Verfechter einer selbstbestimmten und nachhaltigen Entwicklung Afrikas. Vom 4. August 1983 bis zu seiner Ermordung am 15. Oktober 1987 vertrat er auch als Präsident von Burkina Faso offen panafrikanische und antipatriarchalische Ziele. Er bekämpfte den Hunger und die Korruption und verzichtete konsequent auf alle Privilegien, die ihm sein Amt als Präsident ermöglichte, und forderte dies auch von der politischen Elite des Landes und seinen Weggefährten ein.

In der Zeit als Präsident initiierte er ferner eine progressive Gesundheits-, Bildungs-, Kultur- und Frauenpolitik. Als erster Präsident eines westafrikanischen Staates verbot er die Beschneidung von Frauen. International kämpfte Sankara vehement gegen die Rückzahlung der Schulden der Dritten Welt an den Westen und warb international für die panafrikanische Idee und Solidarität der Völker.

Thomas Sankara ist bis heute für viele politisch engagierte Menschen in Westafrika ein Vorbild und seine politischen Ideen sind in der Erinnerungskultur der sozialen Bewegungen Burkina Fasos tief verankert. Zahlreiche politische Persönlichkeiten berufen sich auf seine Ideale und sein Entwicklungsmodell.<sup>20</sup>

Die Geschichte von Thomas Sankara beginnt in Yako einer kleinen Stadt im nördlichen Obervolta. Hier wurde er als Sohn von Marguerite Sankara und Sambo Joseph Sankara 1949 geboren. Die Familie gehörte der sozial marginalisierten ethnischen Gruppe der Silmi-Mossi an, die sich von der ethnischen Großfamilie der Fulbe ableitet. Aufgrund seiner guten schulischen Leistungen wurde er von Priestern ermutigt, ein katholisches Seminar zu besuchen, um später selbst Priester zu werden. Nach Abschluss des Collège (Realschule) entschied er sich aber, das elterliche Haus zu verlassen, um ein Lycee (Gymnasium) in Bobo-Dioulasso, der zweitgrößten Stadt des Landes zu besuchen. Auf sich gestellt und ohne Aussicht auf finanzielle Unterstützung, um etwa das Schulgeld für das Lycee bezahlen zu können, bewarb er sich stattdessen

erfolgreich um einen Platz und ein Stipendium an der neu eingerichteten Nationalen Militärschule. Hier kam Sankara mit dem Kader der African Independence Party (PAI)<sup>21</sup> und erstmals auch mit theoretischen Schriften von Marx und Lenin in Kontakt. In seiner anschließenden Ausbildungszeit zum Offizier auf Madagaskar (1972) wurde er Zeuge der erfolgreichen studentischen Proteste, die zum Sturz des madagassischen Präsidenten und Antikommunisten Philibert Tsiranana führten.<sup>22</sup>



Thomas Sankara.

Zurück in Obervolta, zeichnete er sich 1974 als junger Offizier in den ersten Grenzkonflikten zwischen Mali und Obervolta aus. Der Hintergrund des Konflikts schärfte dabei sowohl seine panafrikanische Überzeugung wie auch die Überzeugung, dass in Obervolta ein politischer Wechsel herbeigeführt werden müsse. Inzwischen zum Capitain (Hauptmann) der Luftwaffe Obervoltas aufgestiegen, gründete Sankara, gemeinsam mit seinem Freund Blaise Compaoré (ebenfalls Capitain), die Geheimorganisation *Regroupement des officiers communistes* (ROC) (Zusammenschluss der kommunistischen Offiziere) mit dem Ziel, die Korruption in Obervolta zu bekämpfen. Als im November 1980 der ehemalige Außenminister und Leiter des Geheimdienstes von Obervolta, Saye Zerbo, den amtierenden Präsidenten Lamizana stürzte, bot dieser Sankara, der inzwischen aufgrund seiner antiimperialistischen Position, seiner humanistischen Haltung

<sup>21</sup> Die African Independence Party war eine kommunistisch orientierte Partei der französischen westafrikanischen Kolonialstaaten, sie wurde 1957 in Senegal ins Leben gerufen.

<sup>22</sup> Philibert Tsiranana vertrat entgegen vieler westafrikanischer Befreiungsbewegungen neben einem klaren antisozialistischen Kurs auch eine versöhnliche Politik mit der Kolonialmacht Frankreich.

<sup>20</sup> Vergleiche Bruno Jaffré: Kurzbiographie Thomas Sankara, in: Thomas Sankara. Die Ideen sterben nicht! AfricAvenir, Berlin 2016.

und empathischen Auftrittsweise landesweit bekannt und beliebt war, das Amt des Informationsministers an. Als sich Sankara jedoch von der Politik des Regimes nach kurzer Zeit klar distanzierte – so forderte er etwa die Rückgabe der Macht an die Zivilgesellschaft –, verlor er Posten sowie Dienstgrad und wurde inhaftiert.

Inspiziert von der kubanischen Revolution und der Politik des derzeitigen ghanaischen Staatschefs und Sozialisten Jerry Rawlings, organisierte er gemeinsam mit den politischen Weggefährten, darunter auch Blaise Compaoré und die Offiziere Jean-Baptiste Ligani und Henri Zongo, im August 1983 selbst einen Staatsstreich. Unter der Devise ›La Patrie ou la Mort, nous vaincrons‹ (Vaterland oder Tod, wir werden siegen) wurde das Regime unter Zerbo entmachtet und ein Nationaler Revolutionsrat (CNR) eingesetzt,

dessen Vorsitz Thomas Sankara nach seiner Befreiung übernahm. Am 4. August 1984, dem ersten Jahrestag der Revolution, wurde nicht nur Thomas Sankara zum fünften Präsident ausgerufen, sondern das Land auch in ›Burkina Faso‹ umbenannt. Burkina Faso, gebildet aus zwei der zentralen Nationalsprachen, Mòore und Dioula, bedeutet übersetzt, »das Land der Aufrechten Menschen«.

Auch wenn Sankaras Herrschaft formal auf einer Militärdiktatur gründete, strebte er nicht nur die Beteiligung der Bevölkerung an, sondern propagierte darüber eine politische Kultur der ›Freiheit der Andersdenkenden‹, frei nach Rosa Luxemburg, die auch die politischen Gegner\_innen in den politischen Prozess zu integrieren suchte. Grundsätzlich trat er für Gleichberechtigung aller Menschen ein und stärkte entscheidend die Rechte der Frauen und propagierte einen eigenständigen Entwicklungsweg für das junge afrikanische Land.

»Die Kultur bildet eine Einheit mit der Gesellschaft in dem Sinne, dass es keine menschliche Gesellschaft ohne Kultur gibt und keine Kultur ohne entsprechende Gesellschaft.«<sup>23</sup>

»Wenn wir den Kampf für die Befreiung der Frauen verlieren, brauchen wir nicht zu hoffen, eine umfassende und positive Veränderung unserer Gesellschaft zu erzielen.«<sup>24</sup>

<sup>23</sup> Interview von Thomas Sankara mit Mongo Beti am 3. November 1985, übersetzt aus dem Französischen: <http://thomassankara.net/interview-de-thomas-sankara-realisee-par-mongo-beti> (zuletzt abgerufen am 20. 12. 2017).

<sup>24</sup> Thomas Sankara, La liberation de la femme, une exigence du futur, Rede vom 8. März 1987, übers. aus dem Französischen aus: <http://thomassankara.net/la-liberation-de-la-femme-une> (zuletzt abgerufen am 20. 12. 2017).

Seine Politik war ausgerichtet auf den Kampf gegen Hunger und Korruption. In der kurzen Zeit als Präsident etablierte er:

- Programme zur weiteren Alphabetisierung und politischen Bildung der Bevölkerung, z. B. in Form von Straßentheatern.
- Ein landesweites Impfprogramm gegen Polio, Meningitis und Masern.
- Als erstes Land in Westafrika ein Verbot der Beschneidung von Frauen.
- Agrarreformen, die das Land von Hungersnöten befreiten und bereits drei Jahre nach Einführung von Nahrungsmittelimporten unabhängig machten.
- Auch in anderen Produktionssektoren eine Konzentration auf Produkte aus dem eigenen Land: »*Alles, was ich am Körper trage, stammt vom Anbau des Rohstoffs bis zur letzten Naht aus Burkina Faso.*«<sup>25</sup>

Im Rahmen seiner Entschuldungskampagne des Staates und der Korruptionsbekämpfung zwang er alle Minister, ihre Vermögensverhältnisse offenzulegen und begrenzte die staatlichen Gehälter auf 150.000 Francs CFA (ca. 230 Euro). Die niedrigsten Gehälter ließ er hingegen anheben. Er selbst verzichtete auf das Präsidentengehalt und ließ sich das Gehalt eines Hauptmannes auszahlen (Rund 138.000 FCFA).<sup>26</sup> Die Luxuslimousinen der Minister gehörten ebenfalls der Vergangenheit an. Die Altbestände aus der Ära davor wurden verkauft bzw. gegen Kleinwagen oder Motorräder eingetauscht. Auch außenpolitisch warb er für seine anti-imperialistischen Positionen und für egalisierende Reformen, auch wenn diese den westlichen Interessen zunehmend zuwiderliefen:

»Die Feinde [der Revolution] betiteln uns [...] als ›Rote‹, als Kommunisten. Das gefällt uns! Denn es beweist, dass unsere Feinde ratlos sind. Sie sind durcheinander. Sie wissen nicht mehr, was sie tun oder sagen sollen. Wir haben hier gar nichts Kommunistisches getan, wir haben einfach gesagt: Sanierungsmaßnahmen, soziale Gerechtigkeit, Freiheit, Demokratie. [...] Wir werden [von ihnen] als Kommunisten gehandelt, um das Volk einzuschüchtern. Wir werden als Kommunisten bezeichnet, und dem Volk wird erklärt, dass der Kommunismus schlecht sei. Wir haben

<sup>25</sup> M. Moustapha Diallo: Thomas Sankara. Der Soldat des Volkes, in: M. Moustapha Diallo (Hrsg.), Visionäre Afrikas. Der Kontinent in ungewöhnlichen Porträts, Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Bonn 2015, S. 305–315.

<sup>26</sup> Ebd.

weder die Absicht, Euch zu erklären, dass der Kommunismus gut sei, noch das Gegenteil. Wir wollen Euch einfach sagen, dass wir bestimmte Maßnahmen mit und für euch umsetzen werden, egal, welche Etiketten auf diese Handlungen geklebt werden.«<sup>27</sup>

Dabei wurde Thomas Sankara nicht müde zu betonen, dass er jegliche Einflussnahme auf die Politik Burkina Fasos ablehnt und weiter für eine eigenständige Entwicklung des Landes eintreten wird. In einer UN-Konferenz am 4. Oktober 1984 erklärte er dazu:

»Es muss betont werden, dass es kein Wohl für unsere Völker geben kann, wenn wir nicht all den Modellen den Rücken kehren, die all diese immer gleichen Scharlatane uns zwanzig Jahre lang aufdrängen wollten. Ohne diese Abkehr kann es kein Wohl für uns geben, keine Entwicklung ohne diesen Bruch. [...] Wir haben uns entschieden, neue Wege einzuschlagen, um glücklicher zu sein. Wir haben uns entschieden, neue Techniken einzuführen. Wir haben uns entschieden, neue Organisationsformen zu suchen, die besser an unsere Zivilisation angepasst sind, während wir gleichzeitig entschieden [haben] endgültig jede Form von externem Diktat zurückweisen, um so die Bedingungen für ein würdiges Dasein zu schaffen, das unseren Ansprüchen gerecht wird. Den Zustand des bloßen Überlebens lehnen wir ab.«<sup>28</sup>

Konsequent und rhetorisch brillant bekämpfte Sankara auch die internationalen Finanzinstitute und Geldgeber und verteidigte bzw. warb für seine Position, die Staatsschulden seines Landes (und anderer Länder) nicht zurückzuzahlen, wie zuletzt auf der Versammlung der Organisation der afrikanischen Union im Juli 1987 in Addis Abeba:

»Wir sind der Meinung, dass die Schulden zunächst in Bezug auf ihre Ursprünge zu analysieren sind. Die Ursprünge der Schulden sind auf die Ursprünge des Kolonialismus zurückzuführen. Geld wurde uns von denen geliehen, die uns kolonisiert haben. Es sind dieselben, die die Leitung von Staaten und Ökonomien innehatten. Die Kolonisatoren waren es, die Afrika bei den Geldgebern, bei deren Brüdern und Cousins verschuldet

haben. Wir können diese Schulden nicht begleichen, weil wir nichts mit ihnen zu schaffen haben. [...] Und sie waren es, die uns Finanzierungsquellen angeboten haben; Geldgeber, ein Begriff, den man tagtäglich gebraucht, als müssten eben diese Geldgeber nur ein paar Scheine herüberreichen, um andere Länder zu entwickeln. Diese Geldgeber wurden uns nahegelegt, empfohlen. Man hat uns verlockende Finanzierungspläne angeboten. Wir haben uns fünfzig Jahre, sechzig Jahre oder gar länger verschuldet. Das heißt, man hat uns dazu gebracht, unseren Völkern fünfzig Jahre und länger Leid zuzufügen. [...] Diejenigen, die uns in die Verschuldung führten, haben sich aufgeführt wie in einem Kasino. Solange sie gewannen, gab es keine Diskussionen. Jetzt, wo sie im Spiel verloren haben, fordern sie von uns die Rückzahlung. Und es ist von Krise die Rede. Nein Herr Präsident, sie haben gespielt und sie haben verloren, so ist das Spiel.«<sup>29</sup>

Knapp vier Monate nach dieser Rede wurde Sankara am 15. Oktober 1987 zusammen mit sechs weiteren politischen Weggefährten bei einem Staatsstreich des Militärs unter Führung von Blaise Compaoré ermordet.

Blaise Compaoré hielt sich mit internationaler Unterstützung über 27 Jahre (bis 2014) als Präsident im Amt. 2014 erhob sich die Bevölkerung Burkina Fasos und zwang Compaoré zum Rücktritt und sein Regime in die Knie, begleitet von hunderten von Transparenten und Plakaten mit dem Bild von Thomas Sankara.<sup>30</sup>

<sup>27</sup> Thomas Sankara: Was sind die Feinde des Volkes? Rede vom 26. März 1983, in: Die Ideen sterben nicht! (wie Anm. 20), S. 29.

<sup>28</sup> Thomas Sankara vor der UN-Generalversammlung am 4. 10. 1984, übersetzt aus dem Französischen: <http://thomassankara.net/discours-de-sankara-devant-lassemblee-generale-de-lonu-le-4-octobre-1984-texte-integral> (zuletzt abgerufen am 20. 12. 2017).

<sup>29</sup> Aus der Rede von Thomas Sankara in Addis Abeba, Juli 1987, zitiert in: 50 Jahre afrikanische Unabhängigkeit, *AfricAvenir* (Hrsg.), Berlin, 2014, S. 111.

<sup>30</sup> Literatur und Links zu Thomas Sankara: Moustapha Diallo (Hrsg.): *Visionäre Afrikas* (wie Anm. 25); Thomas Sankara. Die Ideen sterben nicht! *AfricAvenir*, Berlin 2016. Auf YouTube sind unter dem Suchbegriff Thomas Sankara mehrere Filmangebote abrufbar: Sehr empfehlenswert ist der Dokumentarfilm des Kollektivs Baraka (OmU *AfricAvenir*): Auf den Spuren von Thomas Sankara. Teil 1 (2012), zuletzt aufgerufen am 4. 1. 2018; verwiesen sei zudem auf die arte-Doku »Thomas Sankara – der Che Subsahara-Afrikas« (in mehreren Teilen). Verwiesen sei zudem auf einen 2016 fertig gestellten Film zur erfolgreichen Revolution in Burkina Faso im Oktober 2014; denn in dem Film wird unter anderem die wichtige Rolle herausgearbeitet, die Thomas Sankara als Inspirationsquelle für den politischen Aufstand in Burkina Faso hatte: *Revolution mit bloßen Händen* von Moussa Ouédraogo und Hans Georg Eberl. URL: <https://afrique-europe-interact.net/1410-0-Film-Mit-bloen-Hnden.html>

## 2.4 Funmilayo Ransome-Kuti, Nigeria (1900–1977): Lehrerin, Politikerin, Feministin, Menschenrechtsaktivistin



Funmilayo Ransome-Kuti war eine Aktivistin, deren Engagement weit über ihren Einsatz für die nigerianische Unabhängigkeit hinausreichte. Sie kämpfte für Frauenrechte, Bildung und gegen korrupte Regierungsvertreter\_innen. Ihre Kritik galt sowohl den Kolonialherren wie den nigerianischen Machthabern, die mit den Briten kollaborierten.

Geboren am 25. 11. 1900 als Frances Abigail Olu-funmilayo Thomas im damaligen »Protektorat Südnigeria« unter britischer Kolonialherrschaft in Abeokuta, wurde sie die erste weibliche Schülerin an der Abeokuta Grammar School (entspricht dem Gymnasium), an der sie später auch unterrichten sollte. Im Alter von 19 Jahren schickten ihre Eltern sie zum Studium nach England, wo sie sich bald entschloss, ihre englischen Taufnamen zugunsten ihres verkürzten Vornamen auf Yoruba fallen zu lassen. Als Funmilayo kehrte sie 1922 nach Abeokuta zurück und heiratete bald darauf den anglikanischen Geistlichen und Lehrer Ransome-Kuti.

Als ihr Mann 1932 Direktor der Abeokuta School wurde, gründete Ransome-Kuti einen Verein, um die kulturelle Bildung von Frauen (Abeokuta Ladies Club) zu unterstützen. Der Club befasste sich mit eher bürgerlichen Themen wie Handarbeiten, Wohltätigkeit, sozialer Etikette und Fragen der Mutterschaft. Bald musste sie einsehen, dass die kleine Gruppe der christlich-westlich ausgebildeten Frauen keinen nennenswerten politischen Einfluss ausüben konnte. Es lag nahe, den Club für Marktfrauen und Händlerinnen als zahlenmäßig bedeutende und praktisch einflussreiche Gruppe zu öffnen. Der Kontakt mit den verarmten und wenig gebildeten Frauen, die am meisten unter Ungerechtigkeiten und Ausbeutung durch die Kolonialregierung zu leiden hatten, änderte Themen und Namen der Vereinigung: aus einem elitären Abeokutas Ladies Club (ALC) wurde die Abeokutas Women's Union (AWU), die sich für die politischen, sozialen und ökonomischen Rechte aller Frauen einsetzte und zeitweise mehr als 100.000 weibliche Mitglieder hatte. Die Union wandte sich ab den 1930er Jahren explizit politischen Fragen zu und trat für die Befreiung Nigerias von der britischen Kolonialmacht wie für eine stärkere politische Beteiligung der Frauen ein.

In der Tradition der Yoruba gab es den Titel der Iyalode, ein Titel, der so viel wie »Königin der Frauen« bedeutete und der der bekanntesten und vornehmsten Frau einer Stadt von den »Oba« (politischer und geistlicher Herrscher)

verliehen wurde. Sie vertrat die Frauen im Rat der traditionellen Autoritäten in wirtschaftlichen und allgemein politischen Fragen. Ihr tatsächlicher Einfluss wird in der Forschung unterschiedlich groß eingeschätzt. Die Iyalode waren häufig einflussreiche Geschäftsfrauen (ein historisches Beispiel ist Madam Efunroye Tinubu<sup>31</sup>), die mit den Männern im Waffen- und Sklavenhandel konkurrierten. Die Briten drängten den politischen Einfluss dieser Frauen jedenfalls zurück und schafften das Amt der Iyalode schließlich ab. Für die Frauen hatte das umso fatalere Folgen, da die Briten nach dem Prinzip des »indirect rule« herrschten. Sie verpflichteten die lokalen männlichen Regierenden (Native Authorities), unter dem Deckmäntelchen der Partizipation die Steuern selbst einzutreiben. Der »Alake« von Aboekuta nutzte dies bald, um zusätzliche Steuern für Frauen einzuführen. 1947 reiste Ransome-Kuti nach England, um in mehreren Gesprächen dort deutlich zu machen, wie sehr der Verlust der ökonomischen und politischen Macht die Frauen benachteiligte.

Ransome-Kuti organisierte zusammen mit der Lagos Market Women's Association und der Aboekutas Women's Union Demonstrationen, Sitzstreiks und andere Boykottmaßnahmen mit Zehntausenden von Frauen, die gegen die Durchsetzung der britischen Steuerpolitik durch die Yoruba-Herrscher protestierten. 1949 trat die Regionalregierung zurück und Ransome-Kuti wurde als unabhängiges Ratsmitglied in die regionale Regierung gewählt. An ihrer Seite kämpfte übrigens ihre Schwägerin Eniola Soyinka, die Mutter des späteren Nobelpreisträgers Wole Soyinka. Im selben Jahr gründete Ransome-Kuti die Nigerian Women's Union, die sich für die Vertretung von Frauen auf kommunaler Ebene stark machte. Die Auseinandersetzungen zwischen den Frauen in Egba (Südwest-Nigeria), darunter vor allem Marktfrauen und Händlerinnen, im Zeitraum vom Juli 1940 bis Dezember 1950 sind als der »Egba Women's War« in die nigerianische Geschichte eingegangen.

Nach der Unabhängigkeit Nigerias 1960 führte Ransome-Kuti ihr Engagement für die Frauen und für eine demokratische Gesellschaft fort. Sie gründete mit lokaler und nationaler Unterstützung Schulen, hielt Workshops zur Alphabetisierung von Marktfrauen, kämpfte gegen unfaire Steuern. Sie pflegte internationale Kontakte zu chinesischen und russischen Frauenorganisationen, zu Befreiungsbewegungen und zu antikolonialen Politikern wie dem ersten afrikanischen Präsidenten Kwame Nkrumah in Ghana.

31 Vgl. [https://en.wikipedia.org/wiki/Efunroye\\_Tinubu](https://en.wikipedia.org/wiki/Efunroye_Tinubu).



Ihr Sohn, Fela Kuti, international berühmter Musiker und Begründer des »Afrobeat«, transportierte mit seiner Musik radikale Kritik an der Kolonisierung Afrikas und am nigerianischen Militärregime. Er lehnte europäische Einflüsse weitaus vehementer ab als seine Mutter.<sup>32</sup> Aufgrund seiner Initiative änderten beide ihren Nachnamen zu Anikalupo-Kuti, da »Ransome« der Name eines Missionars war, der die Vorfahren der Kutis zum Christentum bekehrt hatte. Mit 70 Jahren zog Funmilayo Ransome-Kuti in die von ihrem Sohn gegründete Künstlerkommune »Kalakuta Republik« in Lagos. Auf dem Gelände im Familienbesitz, das ein Aufnahmestudio und ein kleines Krankenhaus beherbergte, lebten Mitte der 1970er Jahre mehrere hundert Menschen. Dem politischen Establishment war die widerständige Gemeinschaft ein Dorn im Auge. 1977 wurde die »Kalakuta Republik« gewaltsam von 1.000 Soldaten der Militärregierung geräumt und die Gebäude niedergebrannt. Funmilayo Ransome-Kuti, national wie international geschätzte Politikerin, Lehrerin, Frauenrechtlerin und Feministin, wurde 77-jährig von einem Soldaten des nigerianischen Militärregimes aus dem Fenster ihrer Wohnung im zweiten Stock geworfen und starb Monate später (13. 4. 1978) an den Folgen ihrer Verletzungen.

Aus Protest brachte Fela Kuti ihren Sarg mit einer großen Prozession vor den Präsidentenpalast. In seinem Song »Coffin for Head of State« (Sarg für ein Staatsoberhaupt) drückt sich die ganze Trauer und Schwere dieses Tages aus.<sup>33</sup> Ihr zu Ehren und um die Erinnerung an sie wach zu halten,

komponierte Fela Kuti das Album »Unknown Soldier«, in Anspielung auf den unbekanntes Soldaten, der ihren Tod verursacht hatte.<sup>34</sup>

Funmilayo Ransome-Kuti war Initiatorin einer der wichtigsten Frauenbewegungen im 20. Jahrhundert. Sie kämpfte unermüdlich gegen den britischen Kolonialismus und gehörte zu den Delegierten, die Nigerias Unabhängigkeit mit der britischen Regierung verhandelten. Sie zählt zu den einflussreichsten afrikanischen Feministinnen.<sup>35</sup>



<sup>34</sup> Vgl. [www.youtube.com/watch?v=GnRfgzXrFTI](https://www.youtube.com/watch?v=GnRfgzXrFTI).

<sup>35</sup> Zum Weiterlesen: Ifi Amadiume, *Männliche Töchter, weibliche Ehemänner. Soziale Rollen und Geschlecht in einer afrikanischen Gesellschaft*, Zürich 1996; Unesco: Die UNESCO veröffentlicht hier eine Reihe von hervorragend gezeichneten Comics über berühmte Afrikanerinnen mit Kurzbiographien und Hintergrundinformationen.

<https://en.unesco.org/womeninafrica/funmilayo-ransome-kuti/pedagogical-unit>. Weitere Quellen: [https://de.wikipedia.org/wiki/Funmilayo\\_Ransome-Kuti](https://de.wikipedia.org/wiki/Funmilayo_Ransome-Kuti); [https://fr.wikipedia.org/wiki/Funmilayo\\_Ransome-Kuti](https://fr.wikipedia.org/wiki/Funmilayo_Ransome-Kuti); [www.coforum.de/?2795](https://www.coforum.de/?2795); [www.africanfeministforum.com/funmilayo-ransome-kuti-nigeria](http://www.africanfeministforum.com/funmilayo-ransome-kuti-nigeria).

<sup>32</sup> Mehr zu Fela Kuti bei: Ayni Camara, Fela Anikalupo-Kuti, Der gefährlichste Musiker der Welt, in: *Visionäre Afrikas* (wie Anm. 25), S. 39–46.

<sup>33</sup> Vgl. <https://felakuti.bandcamp.com/album/coffin-for-head-of-state-1980>.

## 2.5 Kwame Nkrumah (1909–1972): Antikolonialer Widerstandskämpfer, überzeugter Panafrikanist und erster frei gewählter Präsident der Republik Ghana

»Capitalism is a development by refinement from feudalism, just as feudalism is development by refinement from slavery. Capitalism is but the gentlemen's method of slavery.«  
Kwame Nkrumah



Kwame Nkrumah wurde 1909 im Dorf Nkroful im Südwesten des heutigen Ghana als Sohn einer Kleinhändlerin und eines Goldschmiedes geboren. Nach dem Besuch einer katholischen Missionsschule arbeitete er – gerade 17 Jahre alt – einige Zeit als Hilfslehrer, bevor er ab 1926 ein College in Accra besuchte und dort 1930 sein Abschlussexamen (Abitur) ablegte. Nachdem er einige Jahre als Lehrer an verschiedenen römisch-katholischen Schulen in Ghana gearbeitet hatte, reiste Nkrumah 1935 mit Unterstützung eines Verwandten zum Studieren in die USA. Während des Studiums in den USA kam Nkrumah unter anderem mit »afroamerikanischen« Bürgerrechtsaktivisten wie W. E. B. Du Bois und C.L.R. James in Kontakt und schloss sich der Idee des Panafrikanismus an.

Nach Abschluss seines Studiums (1942/1943 Abschlüsse in: Theologie, Volkswirtschaftslehre, Pädagogik und Philosophie) zog es ihn nach England, wo er in London eine Promotionsarbeit begann. Während der Zeit in London äußert sich Nkrumah verstärkt politisch und konzentrierte seine Kraft auf den Unabhängigkeitskampf und die Verwirklichung der panafrikanischen Idee:

»Als führendes Mitglied der panafrikanischen Bewegung, überzeugt, dass Afrika befreit sein und sich vereinigen müsse, um Kolonialismus und Imperialismus zu überwinden, kehrte er 1947 in seine Heimat zurück und kämpfte für die Befreiung des Landes von der Kolonialherrschaft.«<sup>36</sup>

Als Generalsekretär der zuvor in der britischen Kolonie Goldküste gegründeten Partei United Gold Coast Convention (UGCC) beteiligte sich Nkrumah 1948 am Kampf verschiedener Bewegungen gegen soziale und ökonomische Missstände unter der britischen Kolonialherrschaft, die sogenannten Accra-Riots. Seine politisch überzeugende Teilnahme an den Unruhen, die sich von Accra ausgehend schnell im ganzen Land ausdehnten, machten ihn zu einem landes-

weit bekannten Politiker und Helden und führten zu seiner ersten Verhaftung seitens der Briten. Ein Jahr später brach er mit der gemäßigten UGCC und gründete die radikalere Convention People's Party (CPP), die 1951 mit ihrer Forderung nach sofortiger Autonomie bei den Parlamentswahlen stärkste Kraft wurde. Nkrumah, obwohl seit den von ihm mitorganisierten Unruhen von 1950 inhaftiert, errang in Accra 98,5 % der Stimmen und wurde daraufhin von den Briten freigelassen. Im März 1952 wurde er von der gesetzgebenden Versammlung in geheimer Wahl zum Premierminister der Kronkolonie Goldküste gewählt, der er bei der Unabhängigkeit 1957 den Namen Ghana gab.

Mit den drei hintereinander folgenden »Fünfjahresplänen« legte die ghanaische Regierung unter der Führung Kwame Nkrumahs bis Anfang der 1960er Jahre die Grundlage für die Modernisierung und Industrialisierung des Landes. Nach mehreren politischen Programmen veränderte sich die ökonomische Situation des Landes spürbar, welche zuvor durch die ökonomische Abhängigkeit vom ehemaligen britischen Mutterland geschwächt war (beispielsweise durch die auf cash crops angelegte Wirtschaft, im besonderen Kakao). Eine Bestandsaufnahme im Jahr 1964 ergab, dass die Umsetzung der Entwicklungspläne von Erfolg gekrönt waren. Ghana besaß das modernste Straßennetz Afrikas. Die Häfen in Takoradi und Tema waren vergrößert und ausgebaut bzw. wiederaufgebaut worden. Die landwirtschaftliche Produktion war diversifiziert und mechanisiert. Zudem konnten große Erfolge und Fortschritte im Aufbau des Bildungs- und Gesundheitswesens nachgewiesen werden.

Wirklich gefährlich wurden Nkrumahs Ideen für die ehemaligen Kolonialmächte erst im März 1964 als Nkrumah den Seven-Year-Development-Plan vorstellte. Dieses politische Programm enthielt drei wesentliche Punkte:

- eine schnelle Steigerung des Wirtschaftswachstums,
- eine sozialistisch geprägte Transformierung aller Wirtschaftsbereiche
- die radikale Abspaltung aller aus der Kolonialzeit kommenden Wirtschaftsstrukturen und Beziehungen.<sup>37</sup>

1966 putschte das ghanaische Militär mit Unterstützung westlicher Geheimdienste und entmachtete Nkrumah. 1972 starb er im Exil. Kwame Nkrumah erlangte nicht nur auf inner-



<sup>36</sup> Bernard Akoi-Jackson, Kwame Nkrumah. Osagyefo, Der »Siegreiche Held«, in: Visionäre Afrikas (wie Anm. 25), S. 279–286, hier S. 286.

<sup>37</sup> [www.panafrikanismusforum.net](http://www.panafrikanismusforum.net) (zuletzt abgerufen am 20. 12. 2017).

afrikanischer Ebene große Anerkennung für seine politischen und wirtschaftlichen Bemühungen. Auch unter den Intellektuellen und progressiven Kräften der USA sowie in Südamerika fanden seine Ideen Anklang. Nkrumah war ein Vorkämpfer der afrikanischen Unabhängigkeit. Er proklamierte die Einheit Afrikas und rief alle Afrikaner\_innen dazu auf, sich von den Fesseln des Kolonialismus zu befreien.<sup>38</sup>

»Ich habe den Kampf für die Unabhängigkeit der Goldküste niemals als eine isolierte Angelegenheit betrachtet, sondern stets als Teil eines allgemeinen welthistorischen Vorgangs. [...] Es ist unsere Pflicht, denen, die noch in diesen Kämpfen stehen, die wir als Vorhut bereits durchgefochten und gewonnen haben, jede nur mögliche Unterstützung zu gewähren, die in unserer Macht steht. Unsere Aufgabe ist noch nicht erfüllt und unsere Sicherheit noch nicht gewährleistet, bevor nicht die letzten Spuren des Kolonialismus vom afrikanischen Boden hinweggefegt sind.«<sup>39</sup>

»Europa soll uns eine Lehre, ein negatives Beispiel sein. Ständig war es damit beschäftigt, exklusive Nationalismen zu pflegen. Jahrhundertlang war es in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt. [...] Es brauchte zwei Weltkriege, und ganze Weltreiche mussten zusammenbrechen, bis sich die Einsicht durchsetzte, dass in der Einheit die Stärke liegt. [...] Wir brauchen unsere vereinte Kraft, um uns vor den sehr realen Gefahren einer Rückkehr des Kolonialismus in versteckter Form zu schützen.«<sup>40</sup>

## 2.6 Nana Yaa Asantewaa, Ghana (ca. 1840–1921): Kommandeurin im letzten antikolonialen Krieg der Asante gegen die Briten und Heldin der ghanaischen Geschichte



Als Nana Yaa Asantewaa Mitte des 19. Jahrhunderts<sup>41</sup> geboren wurde, kämpften die Asante<sup>42</sup> schon seit 1805 im bewaffneten Widerstand gegen die britischen Kolonialisten. Die Asante-Föderation erstreckte sich damals über einen großen Teil im Inneren des heutigen Ghana bis in den Osten der heutigen Cote d'Ivoire (Elfenbeinküste). Die Föderation bestand aus einem Zusammenschluss des goldreichen Aschanti mit der Stadt Kumasi im Zentrum und neun weiteren Teilstaaten, deren Zusammenhalt von einem bis heute lebendigen Gründungsmythos gefestigt wurde. Die sogenannte »Goldküste« hatte schon seit dem 15. Jahrhundert Begehrlichkeiten bei den Europäern geweckt, bei denen sich nach und nach die Briten gegen die Holländer durchsetzten.

Nana Yaa Asantewaa war die Schwester des Herrschers von Edweso<sup>43</sup>, einem Teilstaat der Asante, und war als »Queen Mother« eine politische Autorität von hohem Rang. Edweso genoss das besondere Vertrauen des »Asantehene«, des

<sup>38</sup> Ebenda.

<sup>39</sup> Kwame Nkrumah: Schwarze Fanfare. Der Staatsmann der Goldküste. Autobiographie, Paul List Verlag, München 1958.

<sup>40</sup> Kwame Nkrumah: Eine kontinentale Regierung für Afrika, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Die Freiheit im Kopf. Rückblick auf 50 Jahre Unabhängigkeit in Afrika, Berlin 2010, S. 27–32, hier S. 27; [www.boell.de/sites/default/files/2011-01-Die-Freiheit-im-Kopf-Afrika-UNabhaengigkeit.pdf](http://www.boell.de/sites/default/files/2011-01-Die-Freiheit-im-Kopf-Afrika-UNabhaengigkeit.pdf) (zuletzt abgerufen am 20.12.2017).

<sup>41</sup> Die Angaben zum Geburtsjahr bewegen sich zwischen 1840 und 1865.

<sup>42</sup> Andere Schreibweisen: Ashanti, Aschante.

<sup>43</sup> Andere Schreibweise: Ejiso.

Oberhauptes der Konföderation, und so wurde dort der »Golden Stool« (Goldene Stuhl) verborgen, das wichtigste Heiligtum der Asante, Sitz der Seele der Nation und aller Ahnen. Yaa Asantewaa's Rolle basierte auf der matrilinearen Gesellschaft der Asante, in der jeder Posten geschlechterparitätisch besetzt war. Für jeden männlichen Rat (òdekuro) im Dorf zum Beispiel gab es ein weibliches Pendant, die òbaa panyin, die für die Angelegenheiten der Frauen zuständig war. Entsprechend waren die anderen Hierarchiestufen besetzt. Frauen bestimmten bei der Gesetzgebung und Rechtsprechung genauso mit wie bei Fragen der Landverteilung oder Entscheidungen über Krieg und Frieden. 1896 hatten die Briten den letzten Asantehene und weitere Asante-Herrscher gefangen genommen und ins Exil auf die Seychellen verschleppt. Um den Widerstand endgültig zu brechen, forderten die Briten die Herausgabe des Golden Stool als Zeichen der Unterwerfung. In einem Geheimgespräch forderte Yaa Asantewaa die verbliebenen Asante-Führer auf, mit ihr weiter für die Unabhängigkeit zu kämpfen.

»Wenn Ihr, die Herrscher der Asante, Euch wie Feiglinge benehmen wollt, könnte Ihr Euren Lendenschurz gegen meine Unterwäsche tauschen!«<sup>44</sup>

»Gibt es die Tapferkeit der Asante nicht mehr? Ich kann es nicht glauben. Das ist unmöglich! Ich muss Euch sagen: Wenn Ihr, die Männer



<sup>44</sup> Robert B. Edgerton, *The Fall of the Asante Empire: The Hundred-Year War For Africa's Gold Coast*, Free Press 2002, S. 191 (eigene Übersetzung).

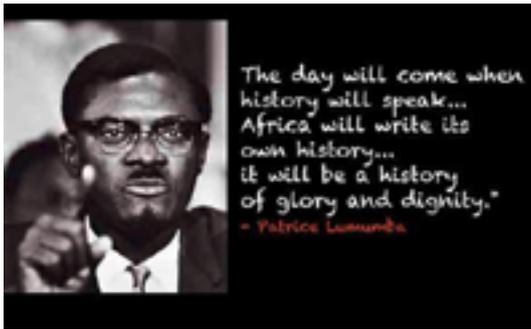
Asantes, den Kampf nicht aufnehmt, werden wir es tun. Wir, die Frauen, werden es tun. Ich werde meine Kameradinnen dazu aufrufen. Wir werden kämpfen! Wir werden solange kämpfen, bis die letzte von uns auf dem Schlachtfeld gefallen ist.«<sup>45</sup>

Erst nach vier weiteren Angriffen, von denen drei zurückgeschlagen wurden, und nur mit dem Einsatz von Maschinengewehren konnten die Briten den Widerstand der Asante nach fast hundertjährigem Kampf brechen. Es ist nicht eindeutig überliefert, ob Yaa Asantewaa nur strategisch führte oder auch direkt an Kampfhandlungen beteiligt war, wie das einzige von ihr überlieferte Foto vermuten lässt. Auf kultureller Ebene gelang es Nana Yaa Asantewaa mit einer klugen List trotzdem einen Sieg zu erringen: Sie ließ eine wertlose Replik des Golden Stool zunächst verteidigen und letztlich doch in die Hände der Briten fallen. Der echte Stool wurde an einem geheimen Ort aufbewahrt und wurde zum Symbol für den antikolonialen Widerstand. Gegen Ende des Aufstandes wurde Nana Yaa Asantewaa von den Briten gefangen genommen und auf die Seychellen deportiert, wo sie zwanzig Jahre später am 17. 10. 1921 starb. Ihre ungebrochene Tapferkeit befeuerte eine breite Bewegung in Ghana, die die Rückkehr der Verbannten und die Unabhängigkeit Ghanas forderte. Drei Jahre nach ihrem Tod ließen die Briten König Prempeh I. und andere verschleppte Asante-Führer von den Seychellen nach Ghana zurückkehren. Diese sorgten dafür, dass Asantewaa's sterbliche Überreste und die anderer im Exil Verstorbener nach Ghana überführt und mit allen Ehren bestattet wurden.

Nana Yaa Asantewaa ist in der ghanaischen Erinnerungskultur tief verankert. Ihr Name bleibt bis heute wichtig: Kinder werden nach ihr genannt, Schulen tragen ihren Namen, ein Lied besingt voller Stolz ihren Mut. Ihr Porträt zierte in den 1980er Jahren einen Geldschein. Ein Tanztheaterstück erzählte ihre Geschichte 2001 in Accra neu. Das Yaa Asantewaa-Museum, eröffnete im Jahr 2000, überdauerte leider nur wenige Jahre und wartet nach einem Brand 2004 bis heute auf seinen Wiederaufbau. Yaa Asantewaa's konsequenter Widerstand machte sie zu einer Heldin der ghanaischen Geschichte.<sup>46</sup>

<sup>45</sup> Laut [fr.wikipedia.org](https://fr.wikipedia.org) aus einem ghanaischen Schulbuch, *History for Primary Schools* von 1958 (eigene Übersetzung).

<sup>46</sup> Zum Weiterlesen: [https://fr.wikipedia.org/wiki/Yaa\\_Asantewaa](https://fr.wikipedia.org/wiki/Yaa_Asantewaa); [https://de.wikipedia.org/wiki/Aschantireich#Königinmutter,\\_Ältestenrat,\\_mmerante](https://de.wikipedia.org/wiki/Aschantireich#Königinmutter,_Ältestenrat,_mmerante); <http://www.blackhistoryheroes.com/search?q=nana+yaa+asantewa>; <http://eineweltstadt.berlin/publikationen/stadtneulesen/alternative-namen/>.



**2.7 Patrice Émery Lumumba (1925–1961): Vorkämpfer der kongolesischen Unabhängigkeitsbewegung und erster Ministerpräsident der (unabhängigen) Demokratischen Republik Kongo**

»Ohne Würde gibt es keine Freiheit, ohne Gerechtigkeit gibt es keine Würde und ohne Unabhängigkeit gibt es keine freien Menschen.« Patrice Lumumba

Am 25. Mai 1960 gewählt, wurde er im September 1960 auf das Betreiben Belgiens und der USA durch das kongolesische Militär unter der Führung des früheren Weggefährten Joseph Mobutu verhaftet und an den Pranger gestellt. Nach einer kurzen Befreiung wieder inhaftiert, wurde Patrice Lumumba im Januar 1961 auf schreckliche Weise ermordet, die Leiche wurde von Angehörigen des belgischen Sicherheitsapparats in Säure aufgelöst. Patrice Lumumba ist bis heute eine der wichtigsten Symbolfigur der sozialen Bewegungen in Afrika geblieben. In Leipzig erinnert ein zu DDR-Zeiten errichtetes (1997 zerstörtes und 2012 mit Hilfe von Spenden erneuertes) Denkmal an den Unabhängigkeitskämpfer Patrice Lumumba.

Patrice Lumumba wurde unter dem Namen Tasumbu Tawosa in der kongolesischen Provinz Kasai in dem kleinen Dorf Onalua als Sohn einer armen Bauersfamilie geboren. Nach einem Streit mit einem Lehrer brach er den Schulbesuch ab und wurde Postbeamter in einer nahegelegenen Kleinstadt. Dieser Schritt, der für ihn zugleich ein Neuanfang und eine Richtungsänderung bedeutete, führte auch zur Änderung seines Namens. Tasumbu Tawosa gab sich den Namen Patrice Lumumba, was übersetzt so viel bedeutet wie »auf-rührerische Massen« oder auch »Mannschaft«. Nachdem er weitere Qualifizierungschancen bei der Post genutzt hatte, wurde Lumumba befördert und in die Hauptstadt Kinshasa (ehem. Leopoldville) versetzt. Dort geriet er im Rahmen einiger öffentlicher Auftritte mit dem Kolonialsystem in Konflikt und wurde mehrmals verhaftet.

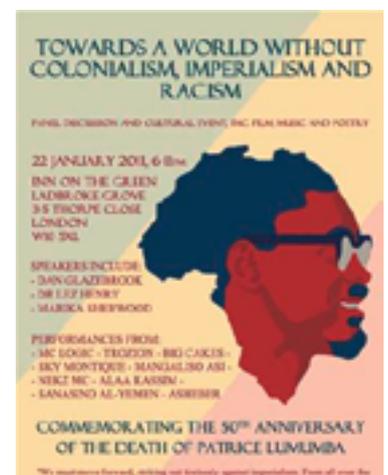
1958, inzwischen eine bekannte Person, gründete er gemeinsam mit weiteren Kampfgefähr-

ten die Partei »Movement National Congolais« (MNC), die kurze Zeit später als einzige Partei in sämtlichen Landesteilen präsent sein sollte und sich nach dem Vorbild Ghanas und Kwame Nkrumahs für die Unabhängigkeit des Kongo einsetzte. Auf die Einigkeit des Kongos bedacht, wollte sie so auch den sezessionistischen Bewegungen, vor allem in der rohstoffreichen Region Katanga, entgegenwirken.

Am 25. Mai 1960 fanden die ersten Parlamentswahlen statt, aus der die MNC als stärkste Kraft hervorging. Als Patrice Lumumba kurz darauf gegen den erheblichen Widerstand von weißen Siedler\_innen zum ersten Ministerpräsidenten gewählt wurde und der Kongo seine Unabhängigkeit erklärte, kam es bereits während des Festaktes der Unabhängigkeit zu einem Eklat mit den nunmehr ehemaligen Kolonisatoren: Als der anwesende belgische König Baudoin I. die zivilisatorischen Verdienste Belgiens um den Kongo hervorhob und die Errungenschaften des Kongos unter belgischer Führung lobte, widersprach Lumumba dieser Geschichtsauffassung vor anwesendem internationalem Publikum vehement und verurteilte die Unterdrückung und Missachtung der kongolesischen Bevölkerung sowie die Ausbeutung des Kongos durch Belgien scharf:

»Für diese Unabhängigkeit des Kongo, wie sie heute zusammen mit Belgien gefeiert wird, ein befreundetes Land mit dem wir von gleich zu gleich handeln, wird kein Kongolese der diesen Namen verdient vergessen, dass wir sie im Kampf gewannen. Ein Kampf von Tag zu Tag, ein glühender und idealistischer Kampf, in dem wir von keiner Entbehrung, keinem Leiden verschont blieben und für den wir unsere Kraft und unser Blut gaben. Wir sind stolz auf diesen Kampf, die Tränen, das Feuer und das Blut, bis in die Tiefen unseres Seins, denn es war ein nobler und gerechter Kampf, und unentbehrlich um der erniedrigenden Sklaverei, die uns mit Gewalt aufgedrückt wurde, ein Ende zu bereiten.

Dies war unser Schicksal während achtzig Jahren des kolonialen Regimes; unsere Wunden sind zu frisch und noch immer zu schmerzhaft um sie aus unserer Erinnerung zu vertreiben. Wir haben zermürbende Arbeit kennen gelernt, mussten sie für einen Lohn erbringen, der es uns ermöglichte, den Hunger zu vertreiben, uns angemessen zu kleiden oder in anständigen Verhältnissen zu wohnen oder unsere Kinder als geliebte Wesen groß zu ziehen.





Wir haben Spott, Beleidigungen und Schläge kennen gelernt, die wir morgens, mittags und abends ertragen mussten, weil wir Schwarze sind. Wer wird vergessen, dass zu einem Schwarzen »Du« gesagt wurde, bestimmt nicht als ein Freund, sondern weil das ehrenwertere »Sie« allein für die Weißen reserviert war?

Wir haben gesehen, wie unser Land im Namen von angeblich rechtmäßigen Gesetzen aufgeteilt wurde, die tatsächlich nur das Recht des Stärkeren anerkannten.

Wir haben gesehen, dass das Gesetz für Schwarze und Weiße nicht gleich ist, bequem für Erstere, grausam und unmenschlich für Letztere. Wir haben entsetzliches Leiden erlebt von denjenigen die für ihre politische oder religiöse Gesinnung verurteilt wurden; in ihrem eigenen Land im Exil, ihr Schicksal wahrlich schlimmer als der Tod selbst.

Wir haben gesehen, dass es in den Städten herrliche Häuser für die Weißen gab und baufällige Hütten für die Schwarzen, dass Schwarze weder in die Kinos gelassen wurden noch in die Restaurants noch in die Geschäfte der Europäerinnen und Europäer; dass Schwarze im Rumpf der Schiffe reisten, zu Füßen der Weißen in ihren Luxuskabinen.

Wer wird je die Massaker vergessen, in denen so viele unserer Geschwister umgekommen

sind, die Zellen, in die jene geworfen wurden, die sich weigerten, sich einem Regime der Unterdrückung und Ausbeutung zu unterwerfen?

All dies, meine Brüder, haben wir zutiefst erlitten.

Wir jedoch, die wir durch die Stimmen der von Euch gewählten Vertreterinnen und Vertreter das Recht erhalten haben, unser geschätztes Land zu leiten, wir, die wir in unserem Körper und Herzen durch koloniale Unterdrückung gelitten haben, wir sagen ganz laut, all dies hat nun ein Ende.«<sup>47</sup>

Nicht einmal ein Jahr später, am 17. Januar 1961, wurde Lumumba ermordet.<sup>48</sup>

<sup>47</sup> Patrice Lumumba, am 30. 6. 1960, Rede zur Unabhängigkeitsfeier der Demokratischen Republik Kongo in Léopoldville (Kinshasa), zit. in: AfricAvenir (Hrsg.), 50 Jahre afrikanische Unabhängigkeit. Berlin 2014, S. 35 ff.

<sup>48</sup> Vgl. Ludo de Witte, Regierungsauftrag Mord. Der Tod Lumumbas und die Kongo-Krise. Forum Verlag, Leipzig 2001. Weitere Literatur, Filme und Links zu Patrice Lumumba: AfricAvenir (Hrsg.), 50 Jahre afrikanische Unabhängigkeit. Berlin 2014; Mord im Kolonialstil: Lumumba (Dokumentarfilm) von Thomas Giefer, 2000; Lumumba (Spielfilm) von Raoul Peck, 2000, über trigonfilm käuflich zu erwerben (derselbe unter youtube: lumumba: Vollversion in französischer Sprache); <http://www.spiegel.de/einestages/kongo-der-mord-an-patrice-lumumba-1961-a-1074116.html>.

## 3. Antikolonialer Widerstand und sozialer Protest heute

### 3.1 Der Unabhängigkeitskampf der Mau-Mau-Bewegung

Zu den bis heute in Deutschland bekanntesten afrikanischen Befreiungskriegen nach 1945 gehört der antikoloniale Kampf der Mau-Mau-Bewegung in der ehemaligen Kolonie »Britisch Ost-Afrika«, dem heutigen Kenia. Sie war der Beginn des kenianischen Wegs in die Unabhängigkeit (1963). Im Wesentlichen vom Volk der Kikuyu getragen, richteten sich die von den Briten so bezeichneten Mau-Mau von Beginn an gegen Rassismus und Diskriminierung und gegen die massive Benachteiligung der einheimischen Bauern und Bäuerinnen gegenüber den europäischen Siedler\_innen.

Was zunächst mit gewaltlosen Protesten begann, entwickelte sich, nachdem er von der britischen Kolonialverwaltung ignoriert wurde, ab 1951 zu einem offenen Guerillaaufstand, der zwar von britischen Militäreinheiten in den Jahren 1952 bis 1956 brutal niedergeschlagen wurde, aber letztlich dazu beitrug, die Grundfesten der britischen Kolonialherrschaft auf dem afrikanischen Kontinent zu erschüttern. Gleichzeitig jedoch, diktiert von Seiten des Empires und den weißen Siedler\_innen des Landes, prägte die Repräsentation des Kampfes der Mau-Mau das Erscheinungsbild antikolonialer afrikanischer Widerstandsbewegungen in Europa nachhaltig: »Die Mau-Mau«, so zitierte der Spiegel 1952 den damaligen britischen Kolonialminister Oliver Lyttelton, »ist eine revolutionäre Bewegung. Sie ist keineswegs das Ergebnis wirtschaftlicher Verhältnisse, wie dies meistens behauptet wird. Sie ist anti-europäisch, anti-asiatisch und anti-christlich, eine unheilige Gemeinschaft des Hexenkults und des modernen Gangstertums.«<sup>49</sup>

Von Beginn an diskreditiert, dann im Kriegsverlauf durch die bekannten Muster der asymmetrischen Beschreibungen und Kriegsberichterstattungen (Fotos von durch die Mau-Mau getöteten Menschen etc.) dämonisiert und später durch vordergründige Versöhnungspartys im Kontext der Unabhängigkeitsfeiern 1963 marginalisiert, sollte die Rolle der Mau-Mau Bewegung, das

Ausmaß der Kolonialverbrechen seitens der Briten und die ökonomischen Hintergründe des Konflikts erst mit Beginn 1990er Jahren (zumindest in Deutschland) sichtbar werden. Eine erfreulich differenzierte Übersicht über die ökonomischen Wurzeln des Konflikts, basierend auf Landraub, Zwangsarbeit, Ausbeutung und Vertreibung, wie auch zur Repräsentationsgeschichte des Kolonialkrieges mit Berücksichtigung kenianischer Perspektiven und juristischer Fragen der Gegenwart, findet Mensch bei Wikipedia unter dem Stichwort: Mau-Mau-Krieg.<sup>50</sup>

Zum Thema Zwangsarbeit von Kindern und Frauen und über die kaum bekannte Rolle der Kikuyu-Frauen<sup>51</sup> in der Geschichte des kenianischen Befreiungskampfs, der schon weit vor der Mau-Mau Bewegung entstand, informiert (in Englisch) die Internet-Plattform der afrikanischen Frauenbewegung, das African Feminist Forum unter dem Suchbegriff: Thuku Revolte.<sup>52</sup>

Weitere Literatur und Links zur Mau-Mau-Bewegung und zum Diskurs des kenianischen Befreiungskampfs finden sich in den Fußnoten.<sup>53</sup>

### 3.2 Der Kampf der Herero und Nama um Entschädigung

Die Geschichte des Widerstands gegen die deutschen Kolonisator\_innen in Namibia (Deutsch-Südwestafrika) beginnt bereits im 19. Jahrhundert. Bereits 1893/94 fanden die ersten Aufstände der Nama (abschätzig als Hottentotten

<sup>50</sup> <https://de.wikipedia.org/wiki/Mau-Mau-Krieg> (zuletzt aufgerufen am 4. 1. 2018).

<sup>51</sup> <http://africanfeministforum.com/kikuyu-women-in-the-thuku-revolt>.

<sup>52</sup> [www.africanfeministforum.com](http://www.africanfeministforum.com).

<sup>53</sup> Ngugi wa Thiong'o, Im Haus des Hüters, München 2013; Walter Schicho, Geschichte Afrikas, Stuttgart 2010; Mau Mau oder Harambee? In: Der Spiegel vom 18. 12. 1963: [www.spiegel.de/spiegel/print/d-46173151.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46173151.html) (zuletzt aufgerufen am 12. 12. 2017). Kenias Mau Mau endlich legalisiert. In: taz: vom 2. 9. 2003: [www.taz.de/ArchivSuche/?!716467&s=Mau+Mau+krieg+Kenia&SuchRahmen](http://www.taz.de/ArchivSuche/?!716467&s=Mau+Mau+krieg+Kenia&SuchRahmen) (zuletzt aufgerufen am 12. 12. 2017). Kenianische Folteropfer dürfen Großbritannien verklagen, in: Der Spiegel vom 5. 10. 2012, online: [www.spiegel.de/politik/ausland/kolonialverbrechen-gefoltert-im-britischen-Gulag](http://www.spiegel.de/politik/ausland/kolonialverbrechen-gefoltert-im-britischen-Gulag) (zuletzt aufgerufen am 12. 12. 2017).

<sup>49</sup> Zitiert in: Der Spiegel vom 19. November 1952; <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-21977976.html> (zuletzt aufgerufen am 12. 12. 2017).

bezeichnet) unter der Führung des charismatischen Hendrik Witbooi<sup>54</sup> statt. In Deutschland bekannt wurde der fortwährende Widerstand gegen die deutsche Kolonialmacht und Siedler\_innen aber erst unter dem Synonym »Herero-Aufstand« bzw. des im Kontext damit verübten Völkermords durch die deutschen Kolonialtruppen. Wie viele antikoloniale Erhebungen gründete auch dieser Aufstand der Herero und Nama in der deutschen Kolonie »Deutsch-Südwestafrika«, dem heutigen Namibia, in rassistischen Diskriminierungen, in der Unterdrückung der Kolonisierten durch die (deutschen) Kolonisator\_innen und im skrupellosen Landraub der deutschen Siedler\_innen, die den Herero als Rindernomad\_innen ihre zentrale Reproduktionsgrundlage zerstörten. Doch anders als in englischen oder französischen Kolonialkonflikten mündete der antikoloniale Krieg in Namibia 1904/1905 in einen Völkermord an den Herero und Nama durch die »Deutsche Schutztruppe« unter General Lothar von Trotha, wie er in Afrika bis zum Ende der Kolonialära einzigartig bleiben sollte.<sup>55</sup>

#### **Der Völkermord an den Hereros und die Bundesrepublik Deutschland**

»Wir sind ein außerordentlich tolerantes Land. Wir sind das Land mit dem größten Migrationshintergrund in Europa, obwohl wir keine Geschichte haben wie England oder wie Frankreich, also keine Kolonialgeschichte haben.« (Edmund Stoiber, 2013)<sup>56</sup>

Dass sich Deutschland bis vor kurzem schwer damit getan hat, die eigene Kolonialgeschichte kritisch aufzuarbeiten (wie das obige Zitat des ehemaligen bayrischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber schmerzhaft zeigt), ist hinlänglich bekannt. 2015 spricht der deutsche Bundestag ebenfalls von Völkermord, davor hatten sich Überlebende bzw. Nachfahren der Opfer jahrzehntelang um eine offizielle Anerkennung des Verbrechens bemüht. Umso schwerer ist nachzuvollziehen, dass bis heute eine offizielle

<sup>54</sup> Vgl. [wikipedia.org/wiki/Witbooi](https://de.wikipedia.org/wiki/Witbooi) (zuletzt aufgerufen am 11. 12. 2017).

<sup>55</sup> Eine gute Darstellung sowohl des antikolonialen Aufstands der Herero und Nama als auch des Völkermords durch die »Deutsche Schutztruppe« findet sich in dem von Jürgen Zimmerer und Joachim Zeller im Jahr 2003 herausgegebenen Sammelband »Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg (1904–1908) in Namibia und seine Folgen«, Ch. Links, Berlin 3. aktualisierte Aufl. 2016. Ebenfalls interessant die ARD-Doku »Kaiser Wilhelms Wüstenkrieg: Namibia 100 Jahre danach«: [www.dailymotion.com/video/x2xgzb0](https://www.dailymotion.com/video/x2xgzb0).

<sup>56</sup> Edmund Stoiber in der ARD-Talkshow: »Anne Will – Euro-Kritiker auf dem Vormarsch« vom 25. 9. 2013 unter: [www.youtube.com/watch?v=47v\\_ZCaHWyY](https://www.youtube.com/watch?v=47v_ZCaHWyY) (ab Minute 46:00) (zuletzt aufgerufen am 12. 1. 2018).

Entschuldigung durch den Bundespräsidenten bzw. die Bundeskanzlerin verweigert wird – zumal das Bundesverfassungsgericht die Bundesrepublik Deutschland eindeutig in der Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches sieht. Das ist der Grund, weshalb der Kampf der Nachkommen um eine offizielle Entschuldigung für Genozid und Landraub sowie für die daraus erwachsenen strukturellen Nachteile der Nachgeborenen unverändert weitergeht. Unter anderem klagen derzeit Vertreter\_innen der Herero vor einem Gericht in den USA gegen die Bundesrepublik Deutschland<sup>57</sup>.

### **3.3 Y'en a marre – zur Geschichte einer politisch-kulturellen Jugendbewegung in Senegal**

Y'en a marre, was in Anlehnung an den französischen Ausdruck »on en a marre« ins Deutsche übersetzt »wir haben die Schnauze voll« oder etwas schwächer »wir haben es satt« bedeutet, ist eine soziale Bewegung in Senegal, die sich seit 2011 für Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit einsetzt und hauptsächlich von Jugendlichen getragen wird.

Was im Frühjahr 2011 spontan als Protest einer Handvoll jugendlicher Rapper\_innen und eines Journalisten gegen die im Land häufig auftretenden Stromausfälle<sup>58</sup> in den Banlieues<sup>59</sup> von Dakar begann, entwickelte sich innerhalb eines Jahres – trotz restriktiver Politik und knüppelnden Polizeieinheiten – zu einer der wirkungsvollsten politisch unabhängigen sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationsplattformen zur Verteidigung der Demokratie und Menschenrechte im Senegal.

<sup>57</sup> Vgl. hierzu das Interview »Völkermord verjährt nicht« mit Israel Kaunatjike, der 1947 im namibischen Okavango geboren wurde und seit 1970 in Berlin lebt, erschienen in der Mainpost vom 12. 11. 2017: <http://m.mainpost.de/ueberregional/politik/zeitgeschehen/Voelkermord-verjaehrt-nicht;art16698,9794723> (zuletzt aufgerufen am 11. 12. 2017); ebenfalls informativ ein Artikel der Deutschen Welle: [www.dw.com/de/klage-von-herero-und-nama-der-druck-auf-deutschland-w%C3%A4chst/a-42301186](http://www.dw.com/de/klage-von-herero-und-nama-der-druck-auf-deutschland-w%C3%A4chst/a-42301186) (zuletzt aufgerufen am 31. 1. 2018); seit 2009 erinnert außerdem eine kreisförmige Skulptur in direkter Nachbarschaft zum Bremischen Antikolonialdenkmal (Elefant) an die Opfer der Herero und Nama, gestaltet mit Steinen aus der Omaheke-Wüste in Namibia.

<sup>58</sup> Nach der Legende der Initiatoren: HipHop-Gruppe Keur Gui, Journalist Fadel Barro, lt. Interview von Louisa Prause, in: Mit Rap zur Revolte. Die Bewegung Y'en a marre, in: PROKLA, Heft 170, 43. Jg., 2013, S. 23.

<sup>59</sup> Aus dem Französischen: ursprünglich Randzone der industriellen Großstadt; heute dient der Begriff als Synonym für Stadtteile mit heruntergekommenen Sozialbauwohnungen, Ort der Armut, geprägt von Arbeitslosigkeit und sozialen Verfall.

Initiatoren der ersten Stunde waren die Rapper der HipHop-Gruppe Keur Gui und der Journalist Fadel Barro. Fadel Barro ist bis heute der nationale Koordinator der Y'en a marre-Bewegung.

Unter dem Slogan »Y'en a marre« wurde aber nicht nur das Versagen der Regierung bezüglich der Energie- und Gesundheitsversorgung aufgegriffen, sondern auch Themen, von denen Jugendliche direkt betroffen waren (unter anderem steigende Lebensmittelpreise und Jugendarbeitslosigkeit). Die Bewegung richtete sich zudem an die Einstellung und Haltung vieler Jugendlicher im Land selbst und forderte sie auf, im Rahmen von politischen HipHop-Konzerten, persönlich mehr Verantwortung zu übernehmen. »Wir haben die Schnauze voll von uns selber, ständig resigniert, ohne uns um die Zukunft unserer Gemeinschaft zu kümmern.«<sup>60</sup> Zum Thema Selbstverantwortung gehört auch das Manifest *Pour un nouveau type de Sènégalais* (Ein neuer Typ Senegalese) vom 19. März 2011.<sup>61</sup>

Als im Frühjahr 2011 der damals amtierende Präsident Senegals, Abdoulaye Wade, sich anschickte, gegen die Verfassung des Landes zu verstoßen und sich für eine Dritte Amtsperiode zu beweben, wurde die Y'en a marre-Bewegung zu einem zentralen Träger des landesweiten zivilgesellschaftlichen Protests und Widerstands gegen die Aushöhlung der Demokratie. Mit Informations- und Sensibilisierungskampagnen, Demonstrationen, Unterschriftenaktionen, Sit-Ins und politischen HipHop-Konzerten verband die Bewegung in diesem Kontext kreative Aktionsformen mit offen formulierter Kritik an den politischen Zuständen des Landes und der dafür verantwortlichen Regierung, zudem mobilisierte sie vor allem junge Menschen, beispielsweise mit der Kampagne »Daas Fanaal / Ma carte, mon arme«<sup>62</sup> im April 2012. Die Kampagne warb dafür, dass Jugendliche ihren Frust über Arbeitslosigkeit und Armut nicht nur auf den »Barrikaden« ausdrücken, sondern auch von ihrem Recht als Wähler\_innen Gebrauch machten, indem sie sich als solche registrieren ließen und so dazu beitrugen, die Wiederwahl des Präsidenten Wade und seiner korrupten Politik zu verhindern. Laut der Bilanz von Y'en a marre am Ende der Kampagne, ließen sich 375.000 Menschen neu als Wähler\_innen registrieren.<sup>63</sup>

<sup>60</sup> Ebd., S. 26.

<sup>61</sup> Mehr unter: [www.yenamarre.sn/Présentation/Historique/](http://www.yenamarre.sn/Présentation/Historique/)

<sup>62</sup> Ins Deutsche übersetzt heißt »Ma carte, mon arme« so viel wie »Mein Wahlzettel, meine Waffe«; eine genaue Übersetzung von »Daas Fanaanal« (Wolof) ins Deutsche ist hier nicht möglich. Laut der Autorin der angeführten Studie bedeutet es im übertragenen Sinn »sich bereit machen«.

Die Y'en a marre Bewegung konnte die dritte Kandidatur von Abdoulaye Wade zwar nicht verhindern, hat aber durch die Mobilisierung vor allem junger Wähler\_innen dazu beigetragen, dass sich im zweiten Wahlgang im März 2012 der Oppositionskandidat Macky Sall gegen Abdoulaye Wade durchsetzen konnte und die Amtszeit des damals 85-Jährigen nach 12 Jahren beendet wurde.<sup>64</sup>

Für den Erfolg der Mobilisierung durch Y'en a Marre sind nach einer Studie der Politologin Louisa Prouse drei Faktoren von zentraler Bedeutung:

»**Erstens** verknüpfte Y'en a marre ihre Kritik an der dritten Kandidatur von Wade (zu der Zeit Senegals amtierender Präsident, Anm. d. A.) mit einer Kritik an den prekären Lebensverhältnissen und griff so die alltäglichen Probleme der Jugend auf. **Zweitens** gelang es Y'en a marre ihren Protest als konstruktiv zu präsentieren und gängige negative Stereotype über die Jugend und Hip-Hop-Bewegung zu widerlegen. **Drittens** nutze Y'en a marre die HipHop-Bewegung und den Rap strategisch klug als kulturelle Ressourcen, um ihre Botschaft zu verbreiten und UnterstützerInnen zu mobilisieren.«<sup>65</sup>

Darüber hinaus dürfte die Tatsache, dass Y'en a marre grundsätzlich zweisprachig agierte (neben Französisch auch in der Landessprache Wolof – zum Beispiel waren viele der Rap-Songs in Wolof verfasst) ein weiterer Faktor für den Erfolg gewesen sein. Bis heute hat Y'en a marre nichts an Dynamik und Kreativität verloren. Ein Blick auf die informative Homepage der Bewegung gibt Auskunft über die Vielfalt der politisch-kulturellen Aktivitäten:

- **Mboka – Senegambians** ist ein Gemeinschaftsprojekt zur Demokratiesicherung durch die Stärkung der Zivilgesellschaft in den beiden Nachbarländern Senegal und Gambia auf Basis des gemeinsamen kulturellen Erbes.
- **Sunu Gox** – ist ein Projekt für Bürgerbeteiligung und Umweltschutz. Ziel des Projekts ist die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements von Jugendlichen unter dem Schwerpunkt Umweltschutz und Grundversorgung im Stadtteil sowie die Sensibilisierung der Stadtteilbewohner\_innen für die Thematik.
- **Citizen Mic** – ist eine Musikschule für Rapper\_innen. Dahinter steckt die Idee Rapper\_innen

<sup>63</sup> [www.yenamarre.sn/Présentation/Historique/](http://www.yenamarre.sn/Présentation/Historique/) (Lancement du Plan Daas Fanaanal).

<sup>64</sup> Ebd., S. 23.

<sup>65</sup> Mit Rap zur Revolte (wie Anm. 58), S. 24.

innen dafür zu gewinnen, sich auch mit kommunalpolitischen Themen auseinanderzusetzen und diese in ihren musikalischen Arrangements mit aufzunehmen.

- **Dox Ak Sa Gox** – heißt aus dem Wolof übersetzt »mit seiner Gemeinschaft marschieren« und ist ein Projekt zur Initiierung von mehr Bürgerbeteiligung für eine demokratische Gesellschaft. Hier lernen Menschen ihre Bürgerrechte, die Pflichten der Abgeordneten sowie Möglichkeiten politischer und zivilgesellschaftlicher Interventionen kennen.
- **WAKH AK SA DEPUT'É** – die Initiative dient der Verbesserung des Kontakts zwischen Bürger\_innen und Parlamentarie\_innen. Dazu gehört zum Beispiel die Ausbildung von zivilgesellschaftlichen Akteuren hinsichtlich der Funktion demokratischer Prozesse im Parlament.

- **Les écoles de la 2ème chance** – sind stadtteilnahe Schulen für die Alphabetisierung und den Erwerb formaler Schulabschlüsse für jugendliche Schulabbrecher und Erwachsene.

- **Yem TV** – ist ein zweisprachiges Internetbasiertes TV-Format. Mittels Video-Clips und teilweise in Rap-Form werden wichtige Nachrichten und Informationen verbreitet, zum Beispiel darüber, wann und wo eine Demonstration oder mit wem eine Diskussionsveranstaltung etc. stattfindet.

Auch wenn die Homepage in den Nationalsprachen Französisch bzw. Wolof verfasst ist, lohnt sich dennoch ein Blick: [www.yenamarre.sn](http://www.yenamarre.sn).



## 4. Jubilee 2000: Die Kampagne gegen afrikanische Verschuldung aus südlicher Perspektive

### 4.1 Einleitung

In den letzten Jahrzehnten hat das Verschuldungsproblem der meisten afrikanischen Staaten die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit erregt, nicht zuletzt aufgrund seiner verheerenden Folgen. Diese Schulden sind Teil einer größeren Verschuldung, die häufig als Dritte-Welt-Schulden bezeichnet werden. Der vorliegende Text wird sich auf die afrikanische Verschuldung konzentrieren, ihre Entstehung und Funktion und ihre Auswirkungen auf Politiken und Souveränität afrikanischer Staaten. Es soll auf den Widerstand gegen die Verschuldung zurückgeblendet werden, vor allem auf die Jubilee South-Perspektive im Kontext der Jubilee 2000 Kampagne (J2K), einer internationalen Kampagne zur Entschuldung armer Länder.

Dabei soll zum einen verständlich werden, dass Afrikaner\_innen in der Regel genau wissen, was gut für sie und ihren Kontinent ist – und sie das auch zum Ausdruck bringen. Zum anderen wird verdeutlicht, dass sie vom Westen marginalisiert und unterjocht werden durch einseitige und bevormundende internationale Wirtschafts- und Finanzsysteme – mit der unbeabsichtigten Hilfe eines Geflechts aus NGOs und Gruppierungen der Zivilgesellschaft. Die Kampagne zum Schuldenerlass armer Länder bietet ein gutes Beispiel für diese These. Die von afrikanischen Entschuldungsaktivist\_innen initiierte Kampagne zum Schuldenerlass begann noch vor dem Aufkommen von J2K im Westen und hatte sehr viel grundsätzlichere und fortschrittlichere Forderungen, als J2K dies zum Ausdruck brachte. Afrikaner\_innen warteten eben nicht auf wohlwollende Westler\_innen, um eine Kampagne zur Schuldenerleichterung loszutreten, wie dies der allgemeine Eindruck von J2K glauben machen könnte. Und doch wurde J2K *die* Kampagne zum Schuldenerlass. Die Konflikte in J2K ergaben sich dabei aus dem Auftreten von Jubilee South – gleichsam als Reaktion auf die unterschiedlichen Positionen der afrikanischen Kampagnen-Aktivist\_innen.

Begonnen wird mit einer kurzen Geschichte der Verschuldung, wie und warum sie zur Krise wurde und welche Mechanismen man entwickelte, mit ihr umzugehen. Es folgen Ausführungen

zur Funktion und Auswirkung von Verschuldung in der afrikanischen Politik. Schließlich geht es um die Jubilee 2000 Kampagne selbst, das Eingreifen von Jubilee South und seine Bedeutung für die Darstellungen von Afrika im Westen.

### 4.2 Ursprung der Verschuldung

Aus jüngsten Untersuchungen geht hervor, dass Ursprung und krisenhafte Zuspitzung der Verschuldung des Südens zum Teil auf das überschüssige Kapital zurückzuführen ist, das vielen westlichen Banken in den 1970er Jahren zur Verfügung stand. Eine wichtige Rolle spielten auch eine Reihe von Richtungswechseln in der US-Geldpolitik in dieser Zeit.<sup>66</sup> Das überschüssige Kapital löste das »loan-pushing« der Banken aus (s. u.), die US-Geldpolitik begünstigte den Prozess. Durch letztere wurde der Grad der Verschuldung der verarmten Länder verstärkt, weil der Wechselkurs des Dollar für die betroffenen Länder konsequent anstieg sowie auch die Zinsraten auf den internationalen Kapitalmärkten erhöht wurden.<sup>67</sup>

Als die USA im Oktober 1973 Israel im Krieg mit Ägypten und Syrien unterstützten, belegten eine Reihe Erdöl fördernder arabischer Staaten die USA und andere westliche Länder mit einem Ölembargo und drosselten die Förderung um 25 %. Dazu beschloss die Organisation erdöl-exportierender Länder (OPEC), den Preis für Rohöl um 70 % zu erhöhen, um ihre Realeinkommen aus dem Erdöl zu stabilisieren.<sup>68</sup> Es kam so auf den internationalen Märkten zur Verknappung des Rohöls, das in der Folge erheblich teurer wurde. 1979 führte eine ähnliche Politik der OPEC wiederum zu höheren Preisen. In der westlichen Welt wurde diese Politik als »Rohölkrise« bekannt. Die dauerhafte Erhöhung der Rohölpreise führte zu einem plötzlichen enormen Wohlstand (»Petrodollars«) der erdölexportierenden Länder. Die meisten der

<sup>66</sup> Vgl. Kindleberger 1996: S. 183 ff.; Darity/Horn 1988; 1991; Nunnenkamp 1986.

<sup>67</sup> Vgl. Corbridge 1993: S. 24–55; Vallely 1990: S. 126–168; Lindert 1989; Congdon 1988: S. 110–135.

<sup>68</sup> Vgl. Cohen 2003; Farr 1999; Issawi 1978: S. 12–16.

abrupt reich gewordenen arabischen Staaten deponierten ihr Bargeld profitorientiert bei westlichen Handelsbanken. So war für diese Banken plötzlich Überschusskapital vorhanden. Dieses mussten sie reinvestieren, um die Profitabsprachen mit den Einzahlern einhalten zu können. Damit begann das Recycling der Petrodollars durch die Banken und ihr »loan-pushing« bei vielen Ländern des Südens, denn im Westen gab es allzu wenige Kreditnehmer für die riesige verfügbare Geldmenge.<sup>69</sup>

Was ist »loan-pushing«? Es ist eine Kreditvergabe, die auch für solche Kunden interessant ist, denen normalerweise der Zugang zu Krediten versperrt ist. Zum »loan-pushing« kommt es immer dann, wenn die Banken mehr Kredite an Länder vergeben, als diese freiwillig nehmen würden. Praktisch bedeutet dies, dass Kreditinstitute unqualifizierte Regierungen dazu ermutigten, Geld zu leihen, das sie eigentlich nicht benötigen. Beim »loan-pushing« werden die Regeln locker gehandhabt oder auch bewusst ignoriert, um die Detailprüfung eines Kreditprojektes besser umgehen zu können. Genauso verhielt es sich, als in den 1970er und 1980er Jahren Kredite an die Länder des Südens vergeben wurden. In der Zeit »herrschte Gedränge bei den internationalen Banken beim Versuch, neue Kreditnehmer aufzutreiben; man drängte den weniger entwickelten Ländern das Geld praktisch auf« (Kindleberger 1996: S. 19). Für den ehemaligen US-Notenbank-Vorstand Andrew Brimmer war es die Zeit, in der die Vergabebedingungen drastisch gelockert und die Banken aggressive Kreditförderer wurden.<sup>70</sup>

Damit kommen wir zum zweiten Hauptgrund für die Schuldenkrise: die beständigen Richtungswechsel in der US-Geldpolitik. Zunächst hatte die US-Regierung im August 1971 einseitig die Möglichkeit gestoppt, Dollars in Gold zu konvertieren, was letztlich die damals bestehende internationale Währungsordnung von Bretton Woods<sup>71</sup> beendete. Zweitens hoben die USA die nationalen Restriktionen für Kapitalexport und Kapitalkontrolle auf, was den Banken ermöglichte, Geld ohne notwendige Sicherheitskontrollen zu verleihen.<sup>72</sup> Es kam so zu verstärkten Aktivitäten auf dem europäischen Währungsmarkt, der als »Wettbewerb in fiskaler Laschheit« (Edwards 1985: S. 179) beschrieben wurde.

Das »loan-pushing«, das Aufweichen von Vergaberegeln, die willkürliche Anhebung der Zinssätze, das Fortfallen nötiger Kontrollen – all dies war nur möglich, weil die USA ihre Politik änderten und das Vorgehen erleichterten. Grundsätzlich wollen Banken aus ihrem Verleihgeschäft Gewinn erzielen, hier aber wurden Kredite vergeben, bei denen in manchen Fällen die Kre-

ditnehmer weniger zurückzahlen konnten, als sie tatsächlich geliehen hatten. Diese Einstellung war neu, ließ aber zweifelhafte Absichten erkennen, nach denen die Kreditnehmer u. a. auch überlistet werden sollten. Das Phantom des »loan-pushing« mit Entwicklungsländern in den 1970ern ist ein typisches Beispiel dafür, dass Spekulanten oft dort in profitablere Unterfangen investieren, wo dunkle Geschäfte und Betrug möglich scheinen.<sup>73</sup> Die Sorglosigkeit, mit der die Banken Darlehen vergaben, schienen sich an der berühmt-berüchtigten Erklärung des damaligen Citibank-Vorstandes Walter Wriston zu orientieren, nach der »Länder nicht bankrottgehen« (zit. nach Birdsall/Williamson 2002: S. 14). Denn was immer in den Kreditnehmer-Ländern passierte, es würde immer noch genug Aktivposten geben, um die Darlehen zurückzubekommen. Jahre später sollte Wriston Recht behalten: Die Schulden verarmter Länder wurden aufgekauft und zwangsweise getilgt, indem sich die Gläubiger sämtlicher verfügbarer Aktivposten bemächtigten, wie jüngste Beispiele der Demokratischen Republik Kongo und anderer zeigen.

Das Ganze verschlimmerte sich für die kreditnehmenden Länder häufig noch dadurch, dass die Preise für landwirtschaftliche Rohstoffe stark abfielen. Die Kreditgeber bestanden darauf, dass immer größere Rohstoff-Mengen produziert würden – diese überschwemmten in der Folge den internationalen Markt.<sup>74</sup> Als also diese Länder an ihren Rohstoffen immer weniger verdienten, gleichzeitig aber aufgrund der willkürlich erhöhten Zinsraten immer mehr für ihre Kredite bezahlen mussten, konnte das nur zu höheren Schulden führen. Zur Rückzahlung mussten immer neue Kredite aufgenommen werden. Das Problem des uneingeschränkten Geldleihens verschärfte sich im selben Maße, wie die Schulden anstiegen. Hinzugefügt sei, dass sich all dies vor dem Hintergrund abspielte, dass die Kreditgeber Finanzhilfen und Kredite als wirksame Waffe im Kampf um geopolitische Einflussnahme und Kontrolle im kalten Krieg

<sup>69</sup> Vgl. Adams 1991; Valley 1990: S. 137–148; Darity/Horn 1988: S. 8–17; Nunnenkamp 1986: S. 92–107.

<sup>70</sup> Vgl. Darity/Horn, 1988: S. 11–15.

<sup>71</sup> Das System von Bretton Woods entstand nach dem 2. Weltkrieg und war ein System fester Wechselkurse. Es bestand darin, dass der Wert des US-Dollars als Leitwährung an Gold geknüpft war, der Wert anderer Währungen wiederum an den US-Dollar.

<sup>72</sup> Vgl. Valley 1990: S. 132; Llewellyn 1979: S. 25–54; Nunnenkamp 1986: S. 96 f.

<sup>73</sup> Vgl. Kindleberger 1996: S. 14–23.

<sup>74</sup> Vgl. Jubilee Debt Campaign 2012; Hanlon 2006 b: S. 115 f.; Peters 1999; Adams 1991: S. 155; Cardoso / Dornbusch 1989: S. 129.

benutzten, und dafür auch korrupten und brutalen Diktatoren in verschiedenen Ländern des Südens den Rücken stärkten. Präsident Kennedy machte das schon bald nach der Kubakrise von 1962 sehr deutlich:

»Durch Entwicklungshilfe behalten die USA in der ganzen Welt eine Position der Einflussnahme und Kontrolle. Sie unterstützen so viele Länder, die sonst vor dem Aus stehen oder in den kommunistischen Block übertreten würden [...] Hilfe ist der Kernpunkt der wichtigsten Programme zum Schutz der Sicherheit der freien Welt.« (zit. nach Hertz 2004: S. 29)

Weltbank und Internationaler Währungsfond (IWF) waren willige Komplizen in diesem Prozess. Ein beredtes Beispiel ist der Fall Mobutu Sese Seko, des ehemaligen Präsidenten Zaires (der heutigen Demokratischen Republik Kongo). 1978 gab Karin Lissaker<sup>75</sup> ein Memo Erwin Blumenthals, damals Schlüsselbeauftragter des IWF an der zairischen Zentralbank, an die Öffentlichkeit. Darin warnte Blumenthal, dass Gläubiger aufgrund der massiven Korruption und des verschwenderischen Lebenswandels des Präsidenten nicht die geringste Aussicht hätten, ihr Geld zurückzubekommen. Dennoch drückten die USA 1987 einen weiteren IWF-Kredit für Zaire durch, um im Gegenzug Land für Geheimoperationen im Kampf um Einflussnahme und gegen den Kommunismus im benachbarten Angola zu erhalten.<sup>76</sup> Dies war kein Einzelfall, noch war er typisch für die USA – es war gängige Praxis im Kalten Krieg.

### 4.3 Schuldenkrisen und ihr Management

In den meisten Ländern des Südens führten die Kosten der Verschuldung zu Budgetkürzungen im Gesundheits- und Bildungssektor und bei anderen Grundbedürfnissen wie Nahrung oder Trinkwasser. Die Gläubiger reagierten unterschiedlich auf die Schulden, je nachdem, ob diese bilateral oder multilateral entstanden waren. Als jedenfalls Mexiko am 13. August 1982 verkündete, man sei bankrott und könne die externen Schulden nicht zurückzahlen, war klar, dass hier eine riesige Krise entstanden war.<sup>77</sup>

<sup>75</sup> Lissaker war zu diesem Zeitpunkt in der Spitze der Zentralbank von Zaire beschäftigt, trat aber wegen des Ausmaßes an Korruption schon nach zwei Jahren zurück. Im Anschluss arbeitete sie als Exekutivdirektorin des IWF.

<sup>76</sup> Vgl. Jubilee Debt Campaign 2012: S. 11; Shawki 2010: S. 223; Hanlon 2006b: S. 123; Hertz 2004: S. 32.

<sup>77</sup> Vgl. Sitali 2008: S. 3; Zulu 2002: S. 5–11; Pettifor 2001: S. 48; Barrett 2000: S. 4, Vallely 1990: S. 169–178; Clarke 1986; War on Want 1986.

Die Gläubiger antworteten direkt mit einem Rettungspaket für das Land, um die Fortführung der Rückzahlungen abzusichern. Ende 1983 befanden sich weitere 25 Länder in derselben Lage wie Mexiko, sie alle erhielten ähnliche Pakete. Damit sollte ein Kollaps des internationalen Finanz- und Bankensystems und vieler US-amerikanischer Banken verhindert werden, wie aus der Zeugenaussage Paul Volcker, Vorsitzender der Federal Reserve, vor dem ›Senats-Unterkomitee Internationale Finanzen und Geldpolitik‹ hervorgeht:

»Wir sind im internationalen Finanzsystem einem ungeheuren Druck ausgesetzt. [...] Es ist dies kein abstrakt-esoterisches Problem von marginalem Interesse für unsere Wirtschaft. Wenn wir diesen Problemen nicht begegnen, setzen wir unsere Arbeitsplätze, unsere Exporte und unser Finanzsystem aufs Spiel. Wenn wir nicht effizient damit umgehen, kann das sowohl unseren Aufschwung untergraben als auch die Ökonomien unserer Handelspartner und Freunde draußen. Ich vertraue darauf, dass wir die Situation in den Griff bekommen, aber das tut sie nicht von allein.« (zit. nach Corbridge 1993: S. 41)

Wie sich herausstellte, kam im Falle Mexikos das Nichtzahlen der Schulden doch nicht zum Tragen, denn das Rettungspaket sorgte dafür, dass das Land die Zinsen weiterzahlen konnte, während die Schulden für 90 Tage gestundet wurden. Neben der »mexikanischen Lösung«, die nunmehr zugrunde gelegt wurde, gab es den sog. Brady-Plan, 1989 eingeführt von US-Finanzminister Nicholas Brady. Er zielte auf einige stark verschuldete Länder in Lateinamerika ab und ging davon aus, dass die Schulden nicht mehr dem von den Banken festgelegten Wert entsprachen und somit reduziert werden mussten. Einige Schulden wurden in der Tat reduziert. Wichtiger jedoch war, dass hier ein Schuldenerlass explizit als Teil einer Lösung des Schuldenproblems akzeptiert wurde. Die Banken wurden verpflichtet, den Verlust mitzutragen. Insgesamt legte jedoch die Agenda der Gläubiger nahe, dass hier entweder das Problem nicht im Kern erfasst war oder aber der politische Wille fehlte, der Krise zu begegnen. Zum einen wurde das Problem als solches nicht anerkannt, obwohl es schon vor der Mexiko-Krise entstanden war. Zum anderen wurde es, als es endlich die gebührende Aufmerksamkeit erhielt, von den Gläubigern falsch interpretiert. Man hielt das Problem der verschuldeten Länder, angefangen mit Mexiko, für ein Liquiditätsproblem, nicht für ein Problem hinsichtlich der Zahlungsfähigkeit. Es wurde so nicht richtig erkannt und dadurch falsch behandelt. Mexiko erhielt ein Rettungspaket, womit es

die Rückzahlungen fortsetzen konnte, aber auch ein neues Darlehen derselben US-Banken, deren Kredit in Gefahr stand, nicht zurückgezahlt werden zu können. Es wurde also nicht eigentlich geprüft, warum Mexiko seine Schulden nicht tilgen konnte, sondern es ging in der Hauptsache um die Absicherung der fortlaufenden Tilgung – durch einen weiteren Kredit und weitere Zinsen.

Die angewandten Mechanismen entsprachen dem Bedürfnis der Gläubiger, ihre Banken und ihr Banksystem zu schützen. Sie zielten nicht darauf, die Verschuldung, die sich auf die Länder des Südens verheerend auswirkte, zu beseitigen. Dies wird von Analysten im Hinblick auf den Umgang der USA mit der Krise bekräftigt. »Ziel war es, das US-Bankensystem zu stärken, das wie nie zuvor verwundbar ist durch nicht funktionierende ausländische Darlehen« (Eichengreen/Portes 1989: S. 212). Der ehemalige kolumbianische Finanzminister Ocampo fügt hinzu, dass die Antwort auf die 1980er Schuldenkrise »ein exzellenter Weg war, um die US-Bankenkrise in den Griff zu bekommen, aber schlimm dagegen für die Schuldenkrise Lateinamerikas« (zit. nach Jones 2012). Wie weiter oben dargestellt, wurden die Kredite, die man den Schuldnerländern aufdrängte und die die Krise schürten, durch Änderungen in der US-Geldpolitik erleichtert. Es dürfte so klar sein, dass den USA ein großer Teil der Verantwortung für die Krise zukommt, vor allem auch, wenn man berücksichtigt, wie sehr sie Hilfen zur geopolitischen Einflussnahme nutzten. Oft wird dabei übersehen, dass ab den späten 1960ern der IWF die Rolle des bevorrechtigten Gläubigers einnahm und alle Schulden umstrukturierte. Tilgungen an den IWF erhielten so Vorrang, und eine Umschuldung nach IWF-Bedingungen enthielt z. B. Struktur Anpassungsprogramme, wodurch sich Versuche der Schuldenannullierung verkomplizierten. Für die Länder südlich der Sahara blieb die Situation lähmend.

#### 4.4 Die Funktion von Schulden und ihre Auswirkungen auf Politik in Afrika

Die Verschuldung afrikanischer Staaten hat eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung auf dem Kontinent schwer behindert. Die Auswirkungen auf die Bevölkerung zeigen sich in vielen Fällen im Wegfall der Grundversorgung, im Entzug der Krankenversorgung und Grundbildung usw. Die Schulden zogen aber auch andere Folgen für die politische und wirtschaftliche Stabilität in Afrika nach sich. In diesem Abschnitt betrachten wir zwei Beispiele, und zwar vor dem Hintergrund der Feststellung von Anti-Schulden-Aktivist\_innen der Länder des Südens, wonach

»die Geschichte der Dritten Welt eine Geschichte der massiven Absaugung der Ressourcen der am meisten benachteiligten Völker durch das internationale Finanzwesen ist. Dieser Prozess ist so konzipiert, dass er sich aufgrund eines diabolischen Mechanismus endlos fortsetzt, indem sich Schulden in immer größerem Ausmaß reproduzieren: ein Teufelskreis, der einzig durch Annullierung der Schulden durchbrochen werden kann. [...] Die Schulden der Entwicklungsländer rühren zum Teil daher, dass die kolonisierenden Staaten ihre eigenen Schulden ungerechterweise auf sie übertragen haben! Eine Summe von 59 Milliarden US-Dollar Staatsverschuldung wurde 1960 den unabhängig gewordenen Staaten aufgezwungen. Diese Schulden wuchsen rasch durch den unilateral festgesetzten Zinssatz von 14 %. Die neuen Schuldner hatten so, noch bevor sie ihre eigenen Wirtschaften organisieren und ins Laufen bringen konnten, bereits eine schwere Schuldenlast aufgebürdet bekommen.«<sup>78</sup>

Dies ergänzt die weiter oben gegebene Erklärung, wie es zur Verschuldung kam, und wirft zudem ein Licht darauf, welche Funktion die Schulden haben. Verschuldung und Schuldenmanagement sind wichtige Faktoren zur Kontrolle und verstärkten Ausbeutung seitens des Westens durch seine vielgesichtigen Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) wie etwa Weltbank und IWF. Und auch wenn so beispielsweise unter der Maßgabe einer Schuldenerleichterung gehandelt wird, bietet dies eher eine Gelegenheit zur fragwürdigen und ausbeuterischen Zusammenarbeit mit afrikanischen Eliten. Diese Zusammenarbeit findet für gewöhnlich hinter verschlossenen Türen statt und soll Ergebnisse zeitigen, die im Wesentlichen den Status quo der wirtschaftlichen Dominanz des Westens verfestigen. Um beispielsweise eine Schuldenerleichterung im Rahmen des sogenannten Kölner Abkommens von 1999 zu erhalten, mussten die verschuldeten Länder eine Strategie der Armutsminderung vorlegen (Poverty Reduction Strategy Paper – PRSP). Die Strategie wurde immer als »landeseigen« dargestellt, d. h. entwickelt von den betroffenen Ländern selbst. Suggestiert wurde zudem, diese würden die darin enthaltenen Programme auch selbst kontrollieren. Tatsächlich jedoch mussten sie von den IFIs abgesegnet werden, die auch die Durchführung überwachten. Während einige Schulden angeblich annulliert wurden, verstärkten die IFIs weiter ihre Macht, diese Wirtschaften durch Instrumente

<sup>78</sup> El Hadji Guisse (E/CN.4/Sub.2/2004/27), zit. in Third World Debt a Continuing Legacy of Colonialism, South Centre, Bulletin 85, August 2004.

wie die PRSP zu kontrollieren und so makroökonomische Maßnahmen wie die Strukturanpassungsprogramme zu erzwingen.

Insgesamt führten diese Prozesse dazu, die Souveränität der verschuldeten Länder zu untergraben, indem externe Institutionen die Kontrollmacht darüber erhielten, wie die verschuldeten Länder wirtschaften – eine Kontrolle sehr zum Schaden von Demokratie und den nationalen Institutionen. Die betroffenen Länder konnten ihre eigenen Ökonomien nicht kontrollieren, da sie gezwungen waren, sich den Diktaten der IFIs und Strategien wie dem PRSP zu fügen, dazu bestimmt, westliche Interessen zu verfolgen und die Ausbeutung der verschuldeten Länder immer weiterzuführen:

»Schulden sind im Grunde ein ideologisch-politisches Instrument der Ausbeutung und Kontrolle unserer Völker, Ressourcen und Länder durch Unternehmen, Länder und Institutionen, bei denen sich Wohlstand und Macht im globalen kapitalistischen System bündeln. Die Anhäufung von Außenschulden in Ländern des Südens ist Ergebnis der Krise eben dieses Systems und dient dazu, die Plünderung und Ausbeutung unserer Nationen immer weiterzuführen, dazu häufig mit Duldung, wenn nicht sogar aktiver Mitarbeit lokaler Eliten.«<sup>79</sup>

Dieses Machtgefälle liegt auch den Folgen zugrunde, die die Umsetzung der Schuldenpolitik für demokratische Prozesse und zivilgesellschaftliche Akteur\_innen hat. Bei der vom Westen vorgegebenen Schuldenpolitik geht es auch immer um harte und unbeliebte politische Maßnahmen wie die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen, Deregulierung nationaler wirtschaftlicher Schutzbestimmungen, höheres Schulgeld, Wegfall von Benzinsubventionen usw. Die meisten Regierungen verschuldeter Länder sehen sich gezwungen, solche ungeliebten Maßnahmen einzuleiten, um sicherstellen zu können, dass der Schuldenservice zulasten von Grundversorgung, Bildung usw. weiterbedient werden kann. Dabei kommt es oft zu massiven Protesten und Demonstrationen. Wenn in Nigeria zum Beispiel Benzinsubventionen gekürzt werden oder wegfallen, wird der Kraftstoff stets erheblich teurer, was die Masse der Bevölkerung deutlich zu spüren bekommt. Die dann folgenden Protestaktionen im ganzen Land werden von den Autoritäten brutal unterdrückt. Gewerkschaften und andere Gruppierungen der Zivilgesellschaft, die die Menschen mobilisiert haben, werden aufgerieben, ihre Führer\_innen verfolgt und ohne Prozess eingekerkert und gefoltert.

#### 4.5 Die Jubilee 2000 Kampagne

Jubilee 2000, allgemein bekannt als »die Kampagne« zur Annullierung der Schulden armer Länder, begann Mitte der 1990er in Großbritannien und dauerte bis Dezember 2000. Es handelte sich um ein breites transnationales Netzwerk mit verschiedenen nationalen und internationalen NROs, Entwicklungsagenturen, religiösen Gruppierungen, Gewerkschaften, Student\_innen und Bürgerinitiativen. In 69 Ländern wurden Kampagnen organisiert mit Teilnehmer\_innen aus 166 Ländern, quer über die Kontinente. Über 24 Millionen Unterschriften wurden für eine Schuldenerlass-Petition eingeholt, die dem damaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan überreicht wurde. Initiatoren waren Martin Dent, der in Nigeria in der Kolonialverwaltung gedient hatte, bevor er Dozent für Politikwissenschaft an der Universität Keele wurde, Bill Peters, ein britischer Diplomat im Ruhestand, und einige weitere Persönlichkeiten. Dents Vorschlag zum Schuldenproblem war durch christliche Theologie geprägt, durch das biblische Paradigma der Schuldenvergebung, auch bekannt als Jubelfeier – »jubilee«. Da mit dem Jahr 2000 ein Jahrtausend endete und ein neues begann, hielten die Initiatoren dies für einen günstigen Zeitpunkt für den Erlass der Schulden der ärmsten Länder im Geist von »jubilee«. Der Name »jubilee« wurde so an 2000 gekoppelt und zur Bezeichnung für die Kampagne.

Die Catholic Agency for Overseas Development (CAFOD), Tearfund, Christian Aid und das World Development Movement (WDM) lancierten die Kampagne am 6. April 1996 in London mit Ann Pettifor als Koordinatorin. 1997 vereinigte sich Jubilee 2000 mit dem Debt Crisis Network (DCN), einem anderen Anti-Schulden-Netzwerk, zur Jubilee 2000 Koalition und wurde am 13. Oktober 1997 im britischen Unterhaus neu lanciert. Die Proteste anlässlich des G8-Gipfels im englischen Birmingham im Mai 1998 waren einer der Höhepunkte der Kampagne. 70.000 Menschen formten eine Kette rund um den Tagungsort des Gipfels, um den Erlass der Schulden zu fordern. Ähnliche Proteste, die über 50.000 Menschen mobilisierten, gab es beim G8-Gipfel in Köln 1999.

Hauptziel der Kampagne war ein einmaliger Erlass des Rückstands an unbezahlbaren Schulden der ärmsten Länder bis 2000 in einem fairen und transparenten Vorgehen. Der Kampagne nach sind unbezahlbare Schulden solche, die nicht beglichen werden können, ohne dass die Bevölkerung dafür Opfer bringen und leiden muss.<sup>80</sup>

<sup>79</sup> Jubilee South-South (1999).

<sup>80</sup> Vgl. Pettifor, 2006: S. 303.

Auch sollten Schulden annulliert werden, die im Grunde schon getilgt waren, sowie Schulden, die aller Wahrscheinlichkeit nie getilgt werden würden, weil dazu einfach die Ressourcen fehlten. Auch wollte man sog. »Tyrannenschulden« tilgen, Schulden, die von Herrschern, die man als illegitim ansah, entgegen der Verfassung und vorbei an der Bevölkerung gemacht wurden.<sup>81</sup> Mit anderen Worten, handelt es sich um Gelder, die Diktatoren zur Finanzierung von zweifelhaften und korrupten »Weiße Elefanten-Projekten« dienten, einzig zu deren eigenem Glanz und Prestige. Eine solche Verschuldung armer Länder betrachtete die Kampagne als ewige Last und Sklaverei; sie war durch eine Kette symbolisiert.<sup>82</sup> Die Kampagne wollte auch die Ungleichheit in der Beziehung zwischen Gläubigern und verschuldeten Ländern herausstellen, die verzerrten Handels- und Wirtschaftsbedingungen in manchen Schuldenfällen. Sie wollte aufzeigen, wie sowohl Gläubiger als auch Schuldner die Schuldenkrise verschärften, und so eine ausgewogene Bilanz wechselseitiger Verantwortlichkeit ziehen. Dabei stand stets die Rolle der IFIs und der Gläubigerstaaten im Vordergrund, wenn die Bevölkerung sowohl in Gläubiger- als auch Schuldnerländern hinsichtlich der Fakten im einzelnen Schuldenfall aufgeklärt wurde.

Mit diesen Zielen richtete sich die Kampagne in erster Linie an die Gläubigerstaaten und Finanzinstitutionen, die in der Lage wären, die Schulden zu annullieren. Es waren genau die westlichen Länder, die den verschuldeten Ländern Geld liehen. Aber würden so tatsächlich bis zum 31. Dezember 2000, wenn die Kampagne enden sollte, die Ziele erreicht werden können? Dies war einer der strittigen Punkte. Nach dreieinhalb Jahren intensiven Lobbyings, genährt durch transnationale Proteste und mit Unterstützung zahlreicher Persönlichkeiten wie Boxlegende Muhammad Ali und Papst Johannes Paul II., kürzten die G8 und die IFIs die Schulden immerhin um 100 Milliarden Dollar. Noch dazu annullierten manche Gläubigerländer die eine oder andere Schuld. Auch ging man anders um mit Verschuldung, indem man die Tilgungszeit verkürzte. Andererseits aber behielten die Gläubiger die Macht, makroökonomische Maßnahmen wie Strukturanpassungen einzuleiten; diese Macht wurde sogar noch verstärkt.

#### 4.6 Die Jubilee South-Intervention in der Kampagne

Wie erwähnt gab es in den Ländern des Südens bereits vor dem Auftreten von Jubilee 2000 Kampagnen zur Annullierung von Schulden, aber sie hatten im Norden kaum Zugkraft. Als dann allerdings J2K auftauchte und über Großbritannien hinaus an Bedeutung gewann, gab es Versuche, bestehende Kampagnen zu integrieren. Es gab zwar skeptische Stimmen in den Ländern des Südens, zumeist aber wollte man die Möglichkeit nutzen, auf die Forderungen der Kampagne Einfluss zu nehmen, und die J2K-Plattform dazu benutzen, um die eigene Sicht auf das Schuldenproblem darzustellen:

»Wir in Südafrika sahen das Aufkommen von J2K als Gelegenheit, die Kampagne, die ohnehin in Südafrika schon lief, internationaler zu machen. [...] Wichtig für uns war, dass es viele Menschen aufklärte und das Schuldenproblem dadurch in die nationale politische Agenda aufgenommen wurde, weil wir das eben schon vor J2K versucht hatten.«<sup>83</sup>

Vor diesem Hintergrund traten eine Reihe von Anti-Schulden-Aktivist\_innen und Gruppen der Länder des Südens J2K bei. Damit fanden sich Gruppen mit ganz unterschiedlichen Zielsetzungen in der Kampagne zusammen. Die Kampagne selbst wurde immer bekannter – nach außen schien alles harmonisch und inspirierend. Und doch dauerte es nicht lange, bis die Differenzen zwischen den Gruppen des Südens und den meisten ihrer nördlichen Kolleg\_innen deutlich wurden. So kam es zu dem, was als Jubilee South bekannt wurde. Ein Ergebnis dieser Differenzen war die Begründung von Jubilee South, die an vielen Punkten eigene Inhalte in die Kampagne einbrachte. Zum einen intervenierte Jubilee South hinsichtlich der verwendeten Sprache. Martin Dent hatte vor dem Hintergrund des biblischen Diskurses darauf bestanden, das Wort *Vergebung* zu verwenden, sehr zum Ärger vieler anderer Kampagnen-Verantwortlicher:

»Als Südafrikanerin bin ich stolz auf mein Erbe, und der Gedanke, es müsse uns ›vergeben‹ werden besagte, wir hätten gesündigt und suchten Vergebung seitens der Gläubiger, die die Krise mitverschuldet hatten.«

<sup>81</sup> Vgl. Hanlon 2006 a, 2006 b, 2002, 2000, 1998 a; Adams 1991.

<sup>82</sup> Vgl. Lovett 1998.

<sup>83</sup> So Makoma Lekalakala, die nationale Koordinatorin von Jubilee 2000 South Africa, im Interview mit dem Autoren dieses Beitrags am 19. August 2011.



So formulierte es die südafrikanische Kampagnenkoordinatorin Ann Pettifor,<sup>84</sup> und auch vielen anderen Menschen afrikanischer Herkunft, die im Vereinigten Königreich in der Kampagne mitmachten, behagte die Sprache nicht. Jubilee South war noch viel strikter gegen eine solche Ausdrucksweise sowie auch gegen den Begriff *Schuldenerlass*:

»Vergebung war die Sprache der kirchlichen Institutionen, und das passte nicht zur Perspektive der Gerechtigkeit. [...] Für Jubilee South war es eine Frage der Gerechtigkeit, für den Norden war es Wohltätigkeit.«<sup>85</sup>

»Das war genau das Problem für viele Streiter im Norden, die sich für Schuldenerlass aussprachen. Aber da gibt es einen Riesenunterschied zwischen Schuldenerlass und Schuldenannullierung. Bei einem Schuldenerlass denkt man an eine Erleichterung und Entspannung für die armen Länder, damit es danach »normal« weitergehen kann. Schuldenannullierung dagegen meint, dass man die Legitimität der Schulden nicht anerkennt, weder die Art und Weise des Schuldenmachens noch den Zweck, zu dem das Geld geliehen wurde. Darum bestanden wir weiterhin darauf, dass wir keine Eigner sind (we don't owe) und nicht bezahlen werden.«<sup>86</sup>

Der zweite Punkt der Jubilee South-Intervention betraf die J2K-Hauptforderung, 300 Milliarden Dollar der Gesamtschuld der ärmsten 52 Länder zu streichen – die Gesamtschulden beliefen sich auf 376 Milliarden. J2K hielt das für fair und gerecht, weil sowohl Gläubiger als auch Schuldner für die Krise verantwortlich wären. Aus Sicht von Jubilee South dagegen lag das Kampagnenziel weit unter dem, was stets gefordert worden war, bevor J2K in Erscheinung trat, und berücksichtigte nicht die fundamentalen systemischen Probleme, aus denen Schulden entstehen. So hieß es z. B. in der Erklärung von Accra, zum Start der Jubilee 2000 Afrika im April 1998:

»dass die ursprünglichen Wurzeln dieser Schulden in der Geschichte von Sklaverei und Kolonialismus zu suchen sind; dass die Schuldenkrise eine Funktion des ungerechten Systems aus internationalem Handel und Investieren und verantwortungslosem Regieren ist; dass die Rahmenbedingungen und

Politiken für die Rückzahlung dieser Schulden nicht zu rechtfertigende Instrumente darstellen, mit denen das Schicksal der Menschen in Afrika kontrolliert werden soll.«<sup>87</sup>

Insbesondere die Frage nach Reparationen für den jahrhundertelangen Kolonialismus bewegte Jubilee South. Manche Streiter\_innen im Norden akzeptierten solche Forderungen als legitim, da sie schon im Raum standen, bevor J2K aktiv wurde, während sie für die große Mehrheit unrealistisch waren. Man befürchtete, so nicht die notwendige öffentliche Unterstützung in den entwickelten Ländern des Westens zu erhalten. Damit zeigte sich für Aktivist\_innen im Norden mitunter ein Dilemma. Man akzeptierte Argumente und Forderungen von Jubilee South schon, konnte sich aber im Rahmen der Kampagne nicht öffentlich dafür aussprechen. Es war einer der Hauptunterschiede zwischen J2K und Jubilee South:

»Der Unterschied war, dass J2K sich sehr für Schuldenerlass aussprach, während Jubilee South Schulden überhaupt zurückwies. Es unterstreicht die unterschiedlichen Hintergründe unseres Handelns, unserer Einstellungen zu Schulden und deren mögliche Lösungen. Unglücklicherweise konnten viele unserer westlichen Kollegen das nicht so sehen und hatten Angst, mit diesem Argument jene, die Einfluss nehmen konnten auf die Entscheidungen zu den Schulden, nicht überzeugen zu können. Im Grunde wurde hier deutlich, dass wir aus unserer Perspektive für Gerechtigkeit kämpften, während es für die andere Seite eher um Wohltätigkeit ging.«<sup>88</sup>

Die Spannung, die sich aus diesem Unterschied ergab, zog sich durch das gesamte Netzwerk, und die Reibungen traten beim G8-Gipfel 1999 in Köln klar zutage. Viele Aktivist\_innen aus dem Norden feierten die auf dem Gipfel erzielte Schuldenübereinkunft, wohingegen sie von vielen Streiter\_innen aus dem Süden schlicht abgelehnt, verlacht und verurteilt wurde. Jubilee South verweigerte sich einer gemeinsamen Pressekonferenz und tagte unter sich. Dies war eine wichtige Intervention von Jubilee South. Es war ein zentrales Anliegen klar zu stellen, dass Afrikaner die Quelle der Probleme klar erkennen, die ihren Kontinent peinigen. Dass sie glaubhafte Lösungen anbieten können und unwunden westliche Vorgaben ablehnen, die lediglich die Probleme weiterführen würden.

<sup>84</sup> Im Interview mit dem Autoren dieses Beitrags am 7. März 2011.

<sup>85</sup> So der kenianische Graswurzelaktivist Njoki Njehu im Interview mit dem Autoren dieses Beitrags am 23. Juni 2011.

<sup>86</sup> Makoma Lekalakala im Interview mit dem Autoren dieses Beitrags am 19. August 2011.

<sup>87</sup> Afrika Campaign and Jubilee 2000 Coalition, 1998.

<sup>88</sup> Makoma Lekalakala im Interview mit dem Autoren dieses Beitrags am 19. August 2011.

Die von Jubilee South formulierten Interessen und Forderungen wurden zwar weithin als legitim und gültig angesehen, sie wurden aber nie zur allgemeingültigen Position in J2K oder allgemein im Schuldendiskurs. Diese Marginalisierung gültiger und legitimer Forderungen war es, die der Jubilee South-Ablehnung der Kölner Übereinkunft und anderer Maßnahmen westlicher Länder und Institutionen zugrunde liegt:

»Bittet uns nicht, so wie wir oft von Schuldenkoalitionen und Jubilee-Kampagnen des Nordens gebeten werden, das mindere von vielen Übeln zu akzeptieren, nur eine Scheibe zu ergreifen und nicht den ganzen Laib [...].«<sup>89</sup>

Ein dritter wichtiger Kritikpunkt von Jubilee South betraf den Abschluss der Kampagne. Als sich zu Beginn das Jubilee-Konzept zur Annullierung der unbezahlbaren Schulden durchsetzte, geriet schnell das Jahr 2000 in den Blickpunkt. Als dieser Zeitpunkt aber näher rückte, kam es zu Reibereien und Abspaltungen innerhalb der Kampagne. Einige Streiter\_innen aus Ländern des Südens wollten keinen Abschluss der Kampagne, da sie die Arbeit noch nicht für getan hielten, weil die Schulden noch nicht annulliert waren. In einem internen Bericht vom 12. Juni 2000 an die UK-Koordinatoren, schrieb Angela Travis von der Süd-Gruppe im Jubilee-Büro:

»Wir erhalten viele Anfragen, die Kampagne über 2000 hinaus fortzusetzen, aber nirgends spricht man sich so deutlich dafür aus wie in den Ländern des Südens. Dass wir aufhören sollen, wo noch so viel zu tun ist, scheint einfach unbegreiflich für Streiter des Südens, die ja Betroffene der IWF-Politiken sind aber auch sehr viel riskieren im Kampf gegen sie.«<sup>90</sup>

Afrikanische J2K-Streiter hatten schon sehr früh die Richtung erkannt, die die Kampagne nehmen würde, und so beschlossen, die Jubilee 2000 Afrika-Kampagne im April 1998 in Accra/Ghana zu starten. Damit verbanden sie auch das Ziel, über das Jahr 2000 hinaus weiterzuarbeiten, da die J2K-Ziele bis 2000 nicht zu erreichen seien. Dazu der internationale Koordinator der Afrika-Kampagne, Kofi Mawuli Klu, am 20. Mai 2011 in einem Interview mit dem Autor:

»Es war klar, dass die an den zentralen Aktivitäten im Vereinigten Königreich Beteiligten nicht über 2000 hinausgehen würden. Klar war aber auch, dass die Schulden bis 2000 nicht annulliert sein würden. So versuchten

wir aus der afrikanischen Perspektive eine Planung über 2000 hinaus und starteten die Afrika-Kampagne.«

Für Jubilee South kam ein Kampagnenabschluss nicht in Frage, da die verheerenden Auswirkungen der Schulden in ihren jeweiligen Ländern ja weiterliefen. Während der Kampagne kamen so manche Aktivist\_innen aus dem Süden zu dem Schluss, dass manche Partner\_innen des Nordens dem Ziel der Schuldenannullierung nicht wirklich verpflichtet waren. Aktivist\_innen aus dem Süden kritisierten, dass man im Norden einfach zum nächsten Thema übergehen wolle,

»zum nächsten Thema, sogar dann, wenn die erwünschten Ziele der Kampagne noch nicht erreicht waren. [...] Wie man heute sieht, sind unsere Nord-Kollegen vom Schuldenthema zu anderen Punkten übergegangen, aber das Leiden und die Auswirkungen der Schulden in den armen Ländern sind im wesentlich gleich geblieben, wie befürchtet.«<sup>91</sup>

Führende Mitglieder der Koalition im Vereinigten Königreich gaben später zu, dass genau dies eingetreten sei, denn viele Nord-Streiter\_innen gegen die Verschuldung hätten sich inzwischen anderweitig engagiert. Für Süd-Aktivist\_innen dagegen war dies eine völlig andere Geschichte, denn

»für viele von uns ging es in der Schuldenfrage – noch vor der J2K-Kampagne – um Leben und Tod. Das kann man auch in Argentinien, Ecuador und vielen lateinamerikanischen Ländern sehen. Und unglücklicherweise ist es so geblieben, auch wenn einige im Nachhinein behaupten, die Kampagne sei Ende 2000 erfolgreich gewesen.«<sup>92</sup>

<sup>89</sup> Jubilee South 1999, zit. nach Buxton 2004: S. 68.

<sup>90</sup> Zitiert nach Randle 2004: S. 35.

<sup>91</sup> Makoma Lekalakala im Interview mit dem Autoren dieses Beitrags am 19. August 2011.

<sup>92</sup> Ebd.

#### 4.7 Die Bedeutung des Eingreifens von Jubilee South in J2K und Vorstellungen von Afrika im Westen

Meine These ist, dass Afrikaner\_innen selbst wissen, was am besten für sie ist und dies auch so artikulieren, dass sie aber durch die dominierenden internationalen Wirtschafts- und Finanzsysteme des Westens marginalisiert und unterworfen werden. Ein Geflecht von Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit durch NGOs und Gruppierungen der Zivilgesellschaft hilft diesen Systemen und Institutionen. Wir haben in der Kampagne zur Entschuldung armer Länder gesehen, wie J2K die Schulden-Kampagne schlechthin wurde, während die legitimen Forderungen afrikanischer Gruppen untergraben wurden, obwohl entsprechende Kampagnen in den Ländern des Südens überhaupt erst entstanden waren. Wir haben weiter gesehen, wie aus der Jubilee South-Perspektive Verschuldung ein unnachgiebiges Kontrollwerkzeug des Westens bleibt und wie Schuldenerleichterung einfach die ›Normalität‹ aufrechterhält, in der die fortlaufende Ausbeutung der Ressourcen der Länder des Südens sichergestellt bleibt. Die Jubilee South-Sichtweisen in der Kampagne machen sich vor allem daran fest, welche Funktion Afrika für den Westen hat. Erinnern wir uns, dass der Widerstand gegen die Verschuldung in Afrika und anderen Ländern des Südens begann, und zwar lange bevor J2K erdacht wurde. Als J2K im Westen aufkam, wurden Streiter\_innen aus dem Süden aber weder konsultiert noch einbezogen – auch nicht, als das Hauptziel, die unbezahlbaren Schulden zu annullieren, festgesetzt wurde. Und doch wurde die Kampagne immer dargestellt als Kampf für die Armen in den verschuldeten Ländern, obwohl man sich weigerte, diese zu repräsentieren. Implizit stand der Gedanke im Hintergrund, dass wohlmeinende Aktivist\_innen aus dem Norden für Afrikaner\_innen und andere im Süden eintreten müssen, um ihre Schulden zu annullieren.

Im Grunde wollte die Kampagne nie etwas im Süden organisieren, denn man gab vor, einen Geist der Selbstbestimmung fördern zu wollen, sodass die Menschen im Süden sich selbst organisieren würden. Dies entbehrt nicht der Ironie, denn wie oben gezeigt, gab es ja bereits selbstorganisierte Antiverschuldungsgruppen im Süden, die eine grundlegende Analyse der Schuldenproblematik und auch die Entschlossenheit besaßen, die Quellen dieser Probleme anzugehen und glaubwürdige Lösungen anzubieten. Unglücklicherweise waren diese Positionen und Forderungen unvereinbar mit westlichen Interessen und Institutionen sowie auch mit den Interessen der meisten Streiter\_innen

aus dem Norden. Die Positionen von Jubilee South konnten sich auch innerhalb der Kampagne nicht durchsetzen, aber sie änderten doch die Narrative der Verschuldung und der Grundelemente des Schuldendiskurses. In Frage gestellt wurde so z. B. die Art und Weise des ›Gerechtigkeits‹-Diskurses, wie ihn Streiter\_innen aus dem Norden führten, zudem wurde – wie oben dargestellt – verdeutlicht, dass auch viele Kampagnenziele, wie sie von Aktivist\_innen aus dem Norden entworfen wurden, an der grundsätzlichen Schuldenproblematik nichts änderten.

Durch Jubilee South bekam der Schuldendiskurs eine neue Tonlage, die der Verschuldung zugrundeliegenden Strukturen wurden ausgeleuchtet, was von der Kampagne mit ihrer Hauptforderung vernachlässigt wurde. Es sei daran erinnert, dass aus der Kampagne die IFIs gestärkt hervorgegangen sind. Die Jubilee South-Ablehnung des Verschuldungsregimes der IFIs und des gesamten internationalen Finanzsystems verdeutlicht ein weiteres Mal, wie wichtig die Positionen des Südens sind – handelt es sich doch um eine Perspektive, die erst in diesem Zusammenhang überhaupt auftauchte. Damit wird Schluss gemacht mit der irrigen Annahme im Westen, dass Afrika in der Hauptsache von Aktivist\_innen aus dem Norden die Lösungen seiner Probleme erwartet. Ganz im Gegenteil, es zeigt, dass die Probleme Afrikas von Afrikaner\_innen selbst klar erkannt und artikuliert werden können und man entschlossen ist, sich selbst nach außen darzustellen, auch wenn man durch westliche Interessen und Institutionen marginalisiert und unterworfen wird. Die Wichtigkeit von Jubilee South wird nirgends deutlicher als im Pochen der Afrikaner\_innen auf das Recht zur Selbstdarstellung:

»Mobilisierung und Strategie-Entwicklung bezüglich Verschuldung und anderer Ungerechtigkeiten neoliberaler Globalisierung müssen im Wesentlichen durch die unterdrückten Völker selbst definiert werden. Nichts über uns ohne uns. Wir hoffen und vertrauen darauf, das Jubilee-Partner im Norden diese Feststellungen unterstützen, anstatt uns einfach nur »vorzuzeigen« als potentiell Begünstigte einer vom Norden definierten Fürsprache und punktuellen Schuldenerleichterung.«<sup>93</sup>

<sup>93</sup> Jubilee South 1999.

## 4.8 Literaturangaben (nur zu Kapitel 4)

### a) Primärquellen

Private Sammlung von Kofi Mawuli Klu, London

Jubilee South (1999) *Don't Owe! Won't Pay! Not one Penny More! Freedom from Debt = Freedom from Domination*, June, Cologne: Jubilee South.

### b) Archivmaterialien

**Hanlon, J.** (1998a) «Dictators and Debt», Jubilee 2000 Coalition, November [Report], Temporary Box List for the Jubilee 2000 Papers, Box 33, University Library, Newcastle.

**Jubilee 2000 Coalition** (1999 a) «Pope Meets Jubilee 2000 and Calls for Urgent Debt Cancellation to Mark the Jubilee Year», 23 September, 1999 [News Release], Temporary Box List for the Jubilee 2000 Papers, Box 3, University Library, Newcastle.

**Jubilee 2000 Coalition** (1999 b) «Briefing Note on the Outcome of the Cologne G8 Summit», 5 July [Briefing Note], Temporary Box List for the Jubilee 2000 Papers, Box 2, University Library, Newcastle.

**Lovett, A.** (1998) «Chains Around Africa. The Slavery of Debt in the World's Most Impoverished Continent» [Report], London: Jubilee 2000 Coalition. Temporary Box List for the Jubilee 2000 Papers, Box 33, University Library, Newcastle.

### c) Anmerkungen zu den persönlichen Interviews des Autors

*Kofi Mawuli Klu hatte den Vorsitz der African Liberation and Solidarity Campaign inne, die Teil der Jubilee 2000 Coalition/UK war. Zwischen 1998 und 2000 war er Internationaler Koordinator der Jubilee 2000 AFRIKA CAMPAIGN.*

**Klu, M. K.** (2011)  
Interview mit K. M. Klu am 20. Mai 2011, London [Aufnahme im Besitz des Autors].

*Makoma Lekalakala war nationale Kampagnen-Koordinatorin für die Jubilee 2000 Campaign in Süd-Afrika und eine führende Person von Jubilee South. Sie war aktiv an Anti-Schulden-Kampagnen beteiligt, die der Jubilee 2000 Campaign vorausgingen.*

**Lekalakala, M.** (2011)  
Interview mit M. Lekalakala am 19. August 2011, over Skype [Aufnahme im Besitz des Autors].

*Joseph Hanlon war Policy Officer für die Jubilee 2000 Campaign und veröffentlicht regelmäßig über internationalen Schulden. Unter anderem auf ihn geht der Begriff der »illegitimate debt« zurück.*

**Hanlon, J.** (2011)  
Interview mit J. Hanlon am 15. März 2011, London [Aufnahme im Besitz des Autors].

*Njoki Njoroge Njehu ist Gründerin und Exekutivdirektorin von «Daughters of Mumbi Global Resource Center» in Kenia und war im Exekutiv-Komitee von Jubilee 2000 USA. 1998 war sie Koordinatorin von «50 Years is Enough», einem Netzwerk von über 200 Gruppen, das auf eine Transformation von Weltbank und Internationalem Währungsfond ausgerichtet war. Sie war eine führende Africa Jubilee South Aktivistin.*

**Njehu, N. N.** (2011)  
Interview mit N. N. Njehu am 23. Juni 2011, Dover [Aufnahme im Besitz des Autors].

*Ann Pettifor war Koordinatorin of Jubilee 2000 and 1997–2000 Direktorin von Jubilee 2000 Coalition in Großbritannien. Sie war ebenso Koordinatorin des Debt Crisis Network und arbeitete in beiden Organisationen.*

**Pettifor, A.** (2011)  
Interview mit A. Pettifor am 7. März 2011, London [Aufnahme im Besitz des Autors].



#### d) Sekundärquellen

**Adams, P.** (1991)

Odious Debts: Loose Lending, Corruption, and the Third World's Environmental Legacy, Probe International, London, Toronto: Earthscan Canada.

**Afrika Campaign and Jubilee 2000 Coalition** (1998)

«Accra Declaration», Declaration formulated on the 19th of April by the participants from Africa, Asia, Europe, Latin America and North America, attending the Jubilee 2000 Afrika Campaign Launch, Accra, Ghana, 16-19 April 1998.

**Barrett, M.** (2000)

The World Will Never Be the Same Again, London: Jubilee 2000 Coalition.

**Basu, K.** (1991)

The International Debt Problem, Credit Rationing and Loan Pushing: Theory and Experience, Princeton Studies in International Finance, no. 70, October, New Jersey: Princeton University Press; [www.princeton.edu/~ies/IES\\_Studies/S70.pdf](http://www.princeton.edu/~ies/IES_Studies/S70.pdf) (zuletzt aufgerufen am 12. Oktober 2012).

**Birdsall, N. and Williamson, J.** (2002)

Delivering On Debt Relief: From IMF Gold to a New Aid Architecture, Washington, DC: Institute for International Economics.

**Buxton, N.** (2004)

Debt Cancellation and Civil Society: A Case Study of Jubilee 2000, in Gready, P. (Hg.), Fighting for Human Rights, London and New York: Routledge: 54-77.

**Cardoso, E. A. and Dornbusch, R.** (1989)

Brazilian Debt Crises: Past and Present, in Eichengreen, B. and Lindert, P. H. (Hg.), The International Debt Crisis in Historical Perspective, Cambridge, MA: MIT Press: 106-139.

**Cohen, A.** (2003)

«The Last Nuclear Moment», New York Times, 6 Oktober; [www.nytimes.com/2003/10/06/opinion/the-last-nuclear-moment.html](http://www.nytimes.com/2003/10/06/opinion/the-last-nuclear-moment.html) (zuletzt aufgerufen am 29. September 2012).

**Congdon, T.** (1988)

The Debt Threat. The Danger of High Real Interest Rates for the World Economy, Oxford: Basil Blackwell Ltd.

**Corbridge, S.** (1993)

Debt and Development, Oxford: Blackwell Publishers.

**Costain, A. W.** (1992)

Inviting Women's Rebellion: A Political Process Interpretation of the Women's Movement, Baltimore: John Hopkins University Press.

**Darity, W. and Horn, B.** (1988)

The Loan Pushers: The Role of Commercial Banks in the International Debt Crisis, Cambridge, MA: Ballinger Publishing Company.

**Darity, W. and Horn, B.** (1991)

«Some Repressed Aspects of the Case for Financial Reform in LDCs», in Singer, H., Neelamber, H., and Rameshwar, T. (Hg.), Adjustment and Stabilization in the Third World, New Delhi: Vedams Books International: 361-385.

**Dent, M.** (1999 b)

«The History of the Growth of the Jubilee 2000 Campaign», in Dent, M. and Peters, B., The Crisis of Poverty and Debt in the Third World, Aldershot: Ashgate: 27-38.

**Drimmelen, R. van** (1998)

Faith in a Global Economy. A Primer for Christians, Geneva: WCC Publishers.

**Duggar, E.** (2008)

«Sovereign Defaults and Interference: Perspectives on Government Risks», Moody's Sovereign Analytics, Report no. 110114; [www.moody.com/sites/products/DefaultResearch/2007100000522782.pdf](http://www.moody.com/sites/products/DefaultResearch/2007100000522782.pdf) (zuletzt aufgerufen am 30. November 2012).

**Edwards, C.** (1985)

The Fragmented World: Competing Perspectives on Trade, Money and Crisis, London: Methuen.

**Eichengreen, B. and Portes, R.** (1989)

«Settling Defaults in the Era of Bond Finance», in World Bank Econ Rev., vol. 3, no. 2: 211-239; [www.jstor.org.libezproxy.open.ac.uk/stable/3989893](http://www.jstor.org.libezproxy.open.ac.uk/stable/3989893) (zuletzt aufgerufen am 14. Dezember 2012).

**El Hadji Guisse**

(E/CN.4/Sub.2/2004/27) cited in Third World Debt a Continuing Legacy of Colonialism, South Centre, Bulletin 85, August 2004.

**Evans, H.** (1999)

«Debt Relief for the Poorest Countries: Why did it Take so Long», Development Policy Review, vol. 17, no. 3: 267-279; <http://eds.a.ebscohost.com.libezproxy.open.ac.uk/ehost/pdfviewer/pdfviewer?sid=b9e2018f-029d-4618-9017-c22cb-702c473%40sessionmgr4003&vid=20&hid=4208> (zuletzt aufgerufen am 15. April 2010).

- Farr, W. D.** (1999)  
 ‹The Third Temple’s Holy of Holies: Israel’s Nuclear Weapons›, The Counterproliferation Papers, Future Warfare, No. 2., Maxwell Air Force Base, Alabama: USAF Counterproliferation Center.
- Gwinn, K. E.** (2007)  
 ‹Debt Relief Movement›, in Anderson, G. L. and Herr, K. G., Encyclopedia of Activism and Social Justice, London: Sage: 435-436; [www.sage-reference.com/activism/Article\\_n240.html](http://www.sage-reference.com/activism/Article_n240.html) (zuletzt aufgerufen am 20. September 2011).
- Hanlon, J.** (2000)  
 ‹How much debt must be cancelled?›, Journal of International Development, vol. 12, no. 6: 877-901.
- Hanlon, J.** (2002)  
 ‹Defining Illegitimate Debt and Linking its Cancellation to Economic Justice›, Report for Norwegian Church Aid; <http://journal.probeinternational.org/2002/06/01/defining-illegitimate-debt-understanding-issues/> (zuletzt aufgerufen am 4. Oktober 2012).
- Hanlon, J.** (2006 a)  
 ‹Illegitimate Loans: Lenders, not Borrowers, are Responsible›, in Third World Quarterly, vol. 27, no. 2: 211-226.
- Hanlon, J.** (2006 b)  
 ‹Defining ‹illegitimate debt›: when creditors should be liable for improper loans› in Jochnick, C. and Preston, F. A. (Hg.), Sovereign debt at the crossroads: challenges and proposals for resolving the third world debt crisis, Oxford, UK: Oxford University Press: 109-131.
- Hertz, N.** (2004)  
 The Debt Threat: How Debt is Destroying the Developing World ... and Threatening Us All, New York: Harper Business.
- Issawi, C.** (1978)  
 ‹The 1973 Oil Crisis and After›, Journal of Post Keynesian Economics, vol. 1, no. 2: 3-26.
- Jones, T.** (2012)  
 ‹Latin America’s Past Offers Lessons on Debt, But Are EU Ministers Bothered?› The Guardian, 24 February; [www.theguardian.com/global-development/poverty-matters/2012/feb/24/latin-america-past-lessons-debt-eurozone](http://www.theguardian.com/global-development/poverty-matters/2012/feb/24/latin-america-past-lessons-debt-eurozone) (zuletzt aufgerufen am 30. November 2012).
- Jubilee Debt Campaign** (2012)  
 The State of Debt. Putting an end to 30 years of Crisis; [www.eurodad.org/files/pdf/520a358ea33a7.pdf](http://www.eurodad.org/files/pdf/520a358ea33a7.pdf) (zuletzt aufgerufen am 6. August 2013).
- Jubilee Debt Campaign** (2013)  
 Hasn’t all the debt been cancelled?; <http://jubileedebt.org.uk/faqs-2/hasnt-all-the-debt-been-cancelled> (zuletzt aufgerufen am 1. Februar 2014).
- Jubilee South-South** (1999)  
 ‹Summit-Declaration ‹Towards a Debt-Free Millennium››, Declaration formulated on 21 November 1999 on the first Jubilee South-South Summit, Gauteng, South Africa, 18-21 November, 1999; [www.oikoumene.org/en/resources/documents/wcc-programmes/public-witness-addressing-power-affirming-peace/poverty-wealth-and-ecology/finance-speculation-debt/south-south-summit-declaration](http://www.oikoumene.org/en/resources/documents/wcc-programmes/public-witness-addressing-power-affirming-peace/poverty-wealth-and-ecology/finance-speculation-debt/south-south-summit-declaration) (zuletzt aufgerufen am 3. März 2014).
- Kindleberger, C.** (1996)  
 Manias, Panics and Crashes. A History of Financial Crises, 3rd edn, New York, Wiley.
- Kuczynski, P. P.** (1988)  
 Latin American Debt, Baltimore: John Hopkins University Press.
- Llewellyn, D. T.** (1979)  
 ‹International Banking in the 1970s: An Overview›, in Frowen, S. F. (Hg.), A Framework of International Banking, Guildford: Guildford Educational Press: 24-54.
- Nunnenkamp, P.** (1986)  
 The International Debt Crisis of the Third World. Causes and Consequences for the World Economy, Sussex: Wheatsheaf Books Ltd.
- Peters, B.** (1999)  
 ‹The Origin and Development of the Campaign for Debt Relief / Cancellation and the Critique of the IFIs, 1983 - 93›, in Dent, M. and Peters, B., The Crisis of Poverty and Debt in the Third World, Aldershot: Ashgate: 151 - 170.
- Pettifor, A.** (2001)  
 ‹Global Economic Justice: human rights for debtor nations›, in Journal of Human Development and Capabilities, vol. 2, no. 1: 47-51.
- Pettifor, A.** (2006)  
 ‹The Jubilee 2000 Campaign: A Brief Overview›, in Jochnick, C. and Preston, F. A. (Hg.), Sovereign debt at the crossroads: challenges and proposals for resolving the third world debt crisis, Oxford, UK: Oxford University Press: 297-317.
- Randle, M.** (2004)  
 Jubilee 2000. The Challenge of Coalition Campaigning, Centre for the Study of Forgiveness and Reconciliation, Coventry: Coventry University.

**Sachs, J. (Hg.) (1989)**

Developing Country Debt and the World Economy, London and Chicago: The University of Chicago Press.

**Shawki, N. (2010)**

Issue Frames and the Political Outcomes of Transnational Campaigns: A Comparison of the Jubilee 2000 Movement and the Currency Transaction Tax Campaign, in *Global Society*, vol. 24, no. 2: 203-230, DOI: 10.1080/13600821003626468 (zuletzt aufgerufen am 20. März 2012).

**Sitali, M. (2008)**

«The Benefits and Challenges of Debt Cancellation in Zambia», Testimony submitted to the Foreign Relations Committee of the United States Senate, For Hearing Building on International Debt Relief Initiatives, Washington, 24 April 2008; [www.jubileeusa.org/fileadmin/user\\_upload/Resources/JUBILEE\\_Act/408\\_hearing/424SenateHearing-JubileeZambiaWrittenTestimony.pdf](http://www.jubileeusa.org/fileadmin/user_upload/Resources/JUBILEE_Act/408_hearing/424SenateHearing-JubileeZambiaWrittenTestimony.pdf) (zuletzt aufgerufen am 20. März 2012).

**Vallely, P. (1990)**

Bad Samaritans. First World Ethics and Third World Debt, London: Hodder and Stoughton.

**War on Want (1986)**

Profits Out of Poverty? British Banks and Latin America's Debt Crisis, London: WoW Campaigns Ltd.; [www.waronwant.org/about-us/publications?start=100](http://www.waronwant.org/about-us/publications?start=100) (zuletzt aufgerufen am 6. Dezember 2010).

**Williams, P. D. (Hg.) (2008)**

Security Studies: An Introduction, London and New York: Routledge.

**Zulu, J. J. (2002)**

Where does the Money go?: Servicing Debt versus servicing People, Lusaka: Jubilee Zambia, Debt Project.

